

Verkehr



Güterverkehr. Die Finanznot der RCA geht auch auf Fehlmanagement zurück. Die Führungsebene muss einen Beitrag zur Sanierung leisten, fordert vida.

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



Hausarbeit. Sie kommen stundenweise in den Haushalt, um zu putzen. Tausende Frauen arbeiten ohne soziale Absicherung in Österreichs Privathäusern.

Private Dienstleistungen



Tourismus. Viele Lehrlinge klagen, dass sie ausgebeutet statt ausgebildet werden. vida fordert schärfere Kontrollen der Ausbilderbetriebe.



Thema

Mobilität – Freiheit oder Zwang?

Mit dem Song vom „Halbwilden“ der keine Ahnung hat, wo er hinfährt, aber schneller dort ist, nahm das Duo Bronner/Qualtinger in den 1950er Jahren den Drang nach Mobilität auf die Schaufel. Seither sind die Möglichkeiten, rasch an einen anderen Ort zu gelangen, immens gestiegen. Zugleich auch die Anforderungen, an die Beschäftigten, mobil zu sein.

Wenn die Firma umzieht, sind Beschäftigte oft mit einer Veränderung der Arbeitsbedingungen konfrontiert. Wir berichten auf Seite 3 über die Übersiedlung eines DHL-Standorts von Wien nach Niederösterreich und dem Einsatz des Betriebsrates, um für die Beschäftigten eine akzeptable Lösung zu erreichen.

Alarmstufe rot. „Ich bin nämlich fürs Moderne, jeder muss sich heut motorisieren“, lautet

eine weitere Zeile aus dem Song vom „Halbwilden“. Will man die Klimaerwärmung in den Griff bekommen, ist ein Umdenken gefordert. Wir müssen weg vom motorisierten Individualverkehr, hin zum Ausbau

der Öffis, fordern Wissenschaftler in einer neuen Studie. Mehr dazu erfahren Sie auf Seite 4.

Offene Grenzen. Einen großen Ansturm neuer Arbeitskräfte erwarten die ExpertInnen durch die Arbeitsmarktöffnung mit 1. Mai nicht. Denn schon jetzt arbeiten viele

Menschen aus unseren osteuropäischen Nachbarländern bei uns. Wir berichten auf

Seite 5 über die Zusammenarbeit der ungarischen und burgenländischen Gewerkschaften in der Grenzregion, um Lohndumping zu verhindern. Über ihre Arbeit in Österreich erzählen auf Seite 9 die Slowakinnen Lucia, Mária und Julia. Alle drei arbeiten in der Pflege und Betreuung – einer Branche, die ohne MigrantInnen schon zusammengebrochen wäre.



Klimaschutz kann nicht mehr warten

Mobil zu sein, ist ein wichtiges Gut. Wenn die Schule nicht ums Eck und die Arbeitsstelle nicht in der Gegend ist, sind wir auf ein Verkehrsmittel angewiesen. Auch der Weg ins Kino ist meist nicht zu Fuß zu schaffen. Der öffentliche Verkehr erfüllt eine wichtige Funktion: Allen Menschen einen Zugang zur Mobilität zu sichern, unabhängig vom Alter, vom Einkommen und davon, ob sie ein Auto haben oder nicht.

Zukunftssache. Auch AutobesitzerInnen sollten so oft als möglich aufs Auto verzichten und sich zu Fuß, per Rad oder per Öffis fortbewegen. Weil es gesünder

für uns selbst und die Umwelt ist. Der Kahlschlag bei den Nebenbahnen in Niederösterreich und Kürzungen der Verkehrsverbindungen in einer Reihe weiterer Bundesländer sind Schritte in die falsche Richtung. Nicht nur „gestandene Eisenbahner“, auch die WissenschaftlerInnen des Instituts für Höhere Studien fordern den konsequenten Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs. Denn nur so bekommen wir den Klimawandel in den Griff.

Jobchancen. Durch die umweltfreundlichere Gestaltung unserer Mobilität könnten europaweit in den nächsten Jahrzehnten

8,7 Millionen Arbeitsplätze bei Bus und Bahn entstehen, rechnet die Europäische Transportarbeiter-Föderation vor. Bis diese Klimaschutzpläne auch die zuständigen PolitikerInnen zu einem Umdenken veranlassen, dauert es aber offenbar noch. Derzeit wird in ganz Europa zwecks Budgetsanierung bei den Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen eingespart.

Verhinderte Helden? Klar ist: Die Öffis werden die ihnen zuge dachte Rolle als Klimaschutzhelden in den kommenden Jahrzehnten nur erfüllen können, wenn sie nicht aus „Budgetträsion“ zuvor kaputtgespart werden. (mf)



Foto: ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Bei Mobilität haben wir mehr im Blick

Wenn wir GewerkschafterInnen von Mobilität reden, meinen wir mehr als rasch von A nach B zu kommen. Neben der Frage, wie es um das Öffi-Netz bestellt ist, haben wir auch die soziale Mobilität im Blick. Wir wollen, dass auch Arbeiterkinder und Kinder von MigrantInnen in unserer Gesellschaft weiterkommen.

Hemmnisse. Unser Bildungssystem muss durchlässiger werden, die finanziellen Hürden beim Nachholen von Bildungsabschlüssen gehören weg. Die steirische Landesregierung zieht mit ihrem Sparpaket gerade eine neue Hürde hoch: Der „Bildungsscheck“ für Berufstätige, die die Matura nachholen, wird eingespart.

Kein Vorzeigeprojekt. Menschen mit Behinderung und ihre Familien sind durch die Leistungskürzungen des Landes Steiermark ebenfalls massiv betroffen. Besserverdienende gleichen die Kürzung der Betreuungsleistungen vielleicht selbst aus, GeringverdienerInnen kann sie die Eigenständigkeit kosten. Auch der Gratiskindergarten ist für den Großteil der Familien bald passee. Die Pendlerbeihilfe – um wieder zu unserem Ausgangspunkt, der Mobilität, zurückzukehren – wird vom Land Steiermark ebenfalls gestrichen.

Protest. Deshalb sagen wir ein klares Nein zu diesem Sparpaket. Wir wollen einen Sozialstaat, der die Chancengleichheit der schwächeren Gruppen fördert statt ein Budget, das die kleinen Leute belastet und die Großen relativ ungeschoren lässt.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender
rudolf.kaske@vida.at

Lesen ist spannend und cool

Integrationsprojekt

vida-Mitglieder machen als „Lese-PatInnen“ Kindern mit Migrationshintergrund die Lust aufs Lesen schmackhaft.

Die Beherrschung der Sprache ist die Basis für Integration und Bildung. Unzureichende Deutschkenntnisse und ein Desinteresse für das Lesen und Lernen haben absehbare negative Folgen für den Bildungsweg, die berufliche Entwicklung und die soziale Integration junger Menschen, ist der Oberösterreicher Joe Armingier, Eisenbahner und Gewerkschafter im Ruhestand, überzeugt.

„Lesetandem“. Um dem entgegenwirken zu können, wurde in Linz - wie in vielen anderen Städten Österreichs auch - der Verein IBUK (Verein für interkulturelle Begegnung & Kulturvermittlung) gegründet. Eines der Projekte des Vereins nennt sich „Lesetandem“. Mit Hilfe ehrenamtlicher MentorInnen wird hier versucht, Kindern mit Migrationshintergrund Lesen als Hobby schmackhaft zu machen. „Und zwar nicht als typischer Nachhilfeunterricht sondern als Freizeitprogramm“, betont Armingier ausdrücklich.

Lesen ohne Druck. Die „Lese-PatInnen“ treffen sich einmal pro Woche am Nachmittag auf eine



Foto: Joe Armingier

Lesepatin Ursula Putschlögl mit Kliar (8 Jahre): Lesen lernen ohne Druck.

Lesestunde mit einem Kind in einer der sieben Partnerschulen des Projekts. Eine „PatInnenschaft“ kann ein, zwei Semester aber auch länger bestehen. Die Auswahl der teilnehmenden Kinder erfolgt im Einvernehmen mit den Eltern, den Klassenvorständen und natürlich mit dem Verein IBUK – freiwillig und ohne jeglichen Druck.

Besser verstehen. Derzeit „arbeiten“ in Linz über 120 „ehrenamtliche“ MentorInnen mit Kindern aus mehr als 20 Ländern, die entweder schon in Österreich geboren wurden oder erst im frühen Kindesalter nach Österreich gezogen sind. Das Ziel ist in jedem Fall immer nur eines, nämlich besser lesen und somit auch verstehen zu können und zwar indem die Kinder erkennen, dass Lesen lustig, spannend und cool sein kann. „Dass die Arbeit mit den Kindern Spaß

macht, kann man bei unseren regelmäßigen MentorInnentreffen, die der Reflektion dienen, sehr gut heraushören“, sagt der ehemalige Eisenbahner Wilfried Kaineder, der seit diesem Semester ebenfalls als Lese-Pate im Verein mit an Bord ist.

hansjoerg.miethling@vida.at

INFO



Lust mitzumachen?

Das nächste Infotreffen und eine Basisschulung finden voraussichtlich im Herbst 2011 statt. Nähere Infos für den Raum Linz, Oberösterreich gibt es dazu beim Verein IBUK, Goethestraße 22, 4020 Linz. E-Mail: info@ibuk.at, Tel. 0732/66 08 04 bzw. im Internet: www.ibuk.at

Das vida-Quiz

Hätten Sie das gewusst?

10.000 Schritte täglich wären notwendig, um dem Körper die Bewegung zu gönnen, die er braucht. Die meisten Menschen kommen nur auf die Hälfte. Untersuchungen zeigen: Wer einen sitzenden Beruf hat, wird kaum mehr als 5.000 Schritte zusammenbringen ...

In Österreich gibt es 3,5 Millionen unselbständig Erwerbstätige, davon arbeiten rund 1,9 Millionen

an einem anderen Ort als sie wohnen. Knapp ein Viertel der Wege, die in Österreich zurückgelegt werden, sind Fahrten zur oder von der Arbeit. Mobilität und Arbeit. Was wissen Sie darüber? Testen Sie hier und jetzt Ihr Wissen mit vida!

1) Immer mehr Menschen fahren mit dem Auto in die Arbeit. Schätzen Sie, wie viele AutopendlerInnen gibt es in unserem Land?

- A) 41.000 AutopendlerInnen
- B) 141.000 AutopendlerInnen
- C) 1.410.000 AutopendlerInnen

2) Und wie viel Kilometer umfasst der tägliche Auto-Pendelverkehr in Österreich. Was glauben Sie?

- A) 55.000.000 Kilometer

- B) 5.500.000 Kilometer
- C) 550.000 Kilometer

3) Seit 1. Jänner des Jahres können Beschäftigte, die Pendlerpauschale erhalten, welches Ticket vom Arbeitgeber beziehen?

- A) steuerschonendes Hin-und-Her-Pendel-Ticket
- B) steuerverminderndes Zur-Arbeit-Fahrticket
- C) steuerfreies Jobticket

Übrigens, die Gewerkschaft vida fordert, dass dieses Ticket allen Beschäftigten zugänglich gemacht wird.

4) Jede Österreicherin und jeder Österreicher fährt rund 1.300 Kilometer pro Jahr mit der Bahn. Wie viele Menschen

pendeln Tag für Tag mit der Bahn zur Arbeit?

- A) mehr als 2.000 PendlerInnen
- B) mehr als 20.000 PendlerInnen
- C) mehr als 200.000 PendlerInnen

5) 4.500 Züge der ÖBB sind täglich auf einem Streckennetz von knapp 5.000 km unterwegs, 4.230 davon sind Nahverkehrszüge. Schätzen Sie, wie viele Fahrgäste fahren täglich mit den Zügen?

- A) rund 57.000 Fahrgäste
- B) rund 570.000 Fahrgäste
- C) rund 5.700.000 Fahrgäste

6) 1,9 Milliarden Kilometer wurden 2009 mit dem Fahrrad in unserem Land gefahren. Was glauben Sie, wie viel Prozent der Alltagswege verbringen die ÖsterreicherInnen auf dem Rad?

- A) 7 Prozent
- B) 17 Prozent
- C) 27 Prozent

7) Blicken wir über die Grenzen. Das Recht auf Leben und Arbeiten in einem anderen europäischen Land ist eine der Grundfreiheiten der Europäischen Union. Wie viele EU-BürgerInnen leben und arbeiten in einem anderen Mitgliedsstaat? Schätzen Sie!

- A) 7,2 Prozent
- B) 2,7 Prozent
- C) 27 Prozent

Richtige Antwort:
1) 1.410.000 AutopendlerInnen lt. VCO-Studie 2006, 2A) 55.000.000 Kilometer lt. VCO-Studie 2006, 3C) steuerfreies Jobticket, 4C) mehr als 200.000 PendlerInnen lt. VCO, 5B) rund 570.000 Fahrgäste, 6A) 7 Prozent lt. VCO, 7B) 2,7 Prozent lt. EU-Infothek.com

Gemeinsame Lösung statt Existenzsorgen

Durch eine Standortverlagerung sehen sich DHL-Beschäftigte mit längeren Anfahrtswegen konfrontiert. Stundenreduzierungen und Teildienste verschärfen die Situation noch. Betriebsrat Daniel Weber intervenierte erfolgreich.

Der Paketdienstleister DHL verkleinert seine Struktur im Osten Österreichs und verlagert einen Standort von Wien-Simmering nach Guntramsdorf in Niederösterreich. Betroffen sind 160 Beschäftigte, die LeasingmitarbeiterInnen nicht eingerechnet. Es gebe keine Entlassungen, hieß es von Seiten der Geschäftsführung, doch Verschlechterungen drohen: „Reguläre Acht-Stunden-Dienste wurden plötzlich zu gesplitteten Diensten, das heißt der Dienstort muss mehrmals am Tag angefahren werden“, erzählt DHL-Betriebsrat Daniel Weber.

Gemeinsam. Nach fast einem Jahr Verhandlung mit der Geschäftsführung hat der Betriebsrat zwei Betriebsvereinbarungen, die in direktem Zusammenhang mit der Standortverlagerung stehen, durchgesetzt. Eine großzügige Regelung für den Bereich Fahrtkosten, dabei bekommen die Beschäftigten zwei Jahre lang die Differenz von Wohnort zu Dienstort „alt“ bzw. Dienstort „neu“ mit 10 Euro abgegolten. Außerdem wurde ein Sozialplan vereinbart, der im Falle von Arbeitsplatzverlust geltend gemacht werden kann.

Existenzsorgen. Ein weiteres Problem war die Stundenreduzierung, denn ArbeiterInnen bei DHL sind bereits im Niedriglohnbereich angesiedelt. Durchschnittlich verdient ein „Packelschupfer“ 1.400 Euro brutto bei Vollbeschäftigung. Eine Stundenreduzierung mit weniger Lohn wäre für den Großteil existenzbedrohend, das Einkommen zu wenig zum Auskommen. Zu diesen existenziellen Sorgen kommt noch die persönliche Enttäuschung: Loyalen Arbeitern, die zum Teil jahrzehntelang für das Unternehmen tätig sind, wurde nahe gelegt, diese Verschlechterungen zu akzeptieren oder eben zu gehen.

Entschärft. Nun ist es dem Betriebsrat gelungen, die Situation zu entschärfen, die DHL-Geschäftsführung hat Entgegenkommen signalisiert. Trotz Reduktion von 40 auf 35 Wochenstunden bekommen die Betroffenen ihren Lohn ohne Einkommenseinbuße ausbezahlt. Die sich daraus ergebenden Minusstunden lan-



Foto: Fotolia/Dark Vectorangel

den in einem „Pool“, was eine höhere Flexibilität ermöglicht, um auf die immer wiederkehrenden Mehrbelastungen und Anforderungen der Branche zu reagieren.

Gemeinsam. Dafür haben der vida-Betriebsrat für den ArbeiterInnenbereich und der GPA-djp-Betriebsrat für die Angestellten vereint gekämpft. „Durch unser gemeinsames Vorgehen und weil wir zusammengehalten haben, haben wir eine Lösung gefunden, mit der alle Beteiligten leben können“, freut

sich Weber. Unterstützung kam von der Gewerkschaft vida in Wien und der GPA-djp in Linz.

Druck. „Obwohl auf den Betriebsrat Druck ausgeübt wurde und es lange keine Einbindung laut Arbeitsverfassungsgesetz gegeben hat, wurde viel erreicht für die betroffenen ArbeitnehmerInnen. Ohne den Betriebsrat wäre das Unternehmen einfach drüber gefahren“, weiß Harald Voitl aus der vida-Bundesfachgruppe Straße.

ines.schmied-binderlehner@vida.at

Recht

Versetzungen als „Reise nach Jerusalem“?

Wer kennt aus seiner Kindheit nicht die „Reise nach Jerusalem“? Bei Versetzungen und Standortverlagerungen wird aus dem beliebten Kinderspiel schnell bitterer Ernst für die betroffenen ArbeitnehmerInnen.

Während Musik erklingt, laufen die Kinder um die Stühle im Kreis herum. Unvermittelt wird das Lied unterbrochen und es gilt, sich möglichst schnell einen Sitzplatz zu suchen. Wer zu spät kommt, scheidet aus. Der Unterschied zu Versetzungen bzw. Standortverlagerungen liegt darin, dass den ArbeitnehmerInnen – wenn das Lied unterbrochen wird – der Arbeitsplatz und damit die Existenzgrundlage abhanden kommen. Der „Glücksfall“ – man darf woanders weiterarbeiten – erinnert auch eher an Torbergs Tante Jolesch: „Gott bewahre uns vor allem, was noch ein Glück ist“.

Zumutbarkeit. Der juristische

Begriff „Versetzung“ umfasst neben der Verlegung des Arbeitsortes auch eine Änderung des Tätigkeitsbereiches und eine „nicht unerhebliche Änderung in der Arbeitszeitgestaltung“, etwa die Einführung gesplitteter Dienste. Arbeitsvertragsrechtlich ist zu fragen, ob die Weisung des Arbeitgebers hinsichtlich des neuen Arbeitsortes bzw. Tätigkeitsbereiches vom Inhalt des Vertrages gedeckt ist oder nicht. Schweigt der Vertrag zu dem konkreten Punkt, führt die Rechtsprechung eine Zumutbarkeitsbewertung durch.

Unter Protest. Ist die Versetzung zumutbar, ist sie vom Weisungsrecht des Arbeitgebers gedeckt. Ist sie unzumut-



Eine Versetzung kann Arbeitsort, aber auch Tätigkeitsbereich und Arbeitszeit betreffen.

Foto: Fotolia/hati

bar, muss sie sich der Arbeitnehmer nicht gefallen lassen, läuft aber Gefahr, dass er gekündigt wird. Ob eine Versetzung zumutbar ist, kann man nur im Einzelfall beurteilen. Ob beispielsweise ein neuer Arbeitsort zumutbar ist, hängt davon ab, wie sehr sich die tägliche Anfahrtszeit verlängert. Aufgrund dieser manchmal unklaren Rechtslage ist es empfehlenswert, da man sonst

eine Arbeitsverweigerung begeht, der Versetzung einmal unter Protest zu folgen und dann zu klagen.

Verschlechterung. Unabhängig davon besteht noch der betriebsverfassungsrechtliche Versetzungsschutz. So kann der Betriebsrat einer mehr als 13-wöchigen verschlechternden Versetzung widersprechen. Verschlechternd ist

die Versetzung dann, wenn entweder die Entgelt- oder die sonstigen Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Kriterien sind beispielsweise: Arbeitsweg, soziale Stellung im Betrieb, Entzug von Tätigkeitsbereichen, etc. Anzumerken ist hier, dass der Arbeitgeber – bei Widerspruch des Betriebsrates – noch versuchen kann, die notwendige Zustimmung vom Arbeitsgericht zu bekommen. Tut er dies nicht, so kann der Arbeitnehmer beim Arbeitsgericht klagen. Wobei auch zu empfehlen ist, dass diese Klage so früh wie möglich eingereicht wird, da man sonst sein Recht verliert.

Sozialplan. Der Betriebsrat hat noch eine zusätzliche Möglichkeit, wenn nicht nur ein Arbeitnehmer sondern gleich ein ganzer Betrieb(steil) verlegt werden soll: Er kann – so wie beispielsweise bei DHL geschehen – eine Sozialplan-Betriebsvereinbarung abschließen, um die Folge der Verlagerung zu beseitigen oder zumindest zu mindern.

matthias.schachner@vida.at

Alarmstufe rot beim Klimawandel

Eine neue Energiestudie blickt bis in die dann hoffentlich klimafreundlichere Zukunft des Jahres 2050.

Ist es möglich, unsere gesamte Energieversorgung bis zum Jahr 2050 so umzustellen, dass unsere Treibhausgas-Emissionen dann nur mehr ein Zehntel der Menge des Jahres 1990 betragen? Welche Maßnahmen sind dafür notwendig? Welchen Lebens- und Wirtschaftsstil werden wir bzw. unsere Kinder und Enkelkinder dann haben? Diese Fragen stellte sich eine ungewöhnliche Allianz bestehend aus dem Energieversorger EVN, den UmweltschützerInnen von Greenpeace und der Gewerkschaft vida. Sie haben gemeinsam das Institut für Höhere Studien (IHS) mit der Erarbeitung einer Energiestudie, die bis ins Jahr 2050 vorausschauend beauftragt.

Treibhausgasestopp. Beim Klimawandel herrscht schon längst Alarmstufe Rot. Will man die Klimaerwärmung auf zwei Grad beschränken, müssen die Emissionen an Treibhausgasen sofort weltweit stabilisiert und ab 2020 konsequent gesenkt werden. Jenseits der „Zwei-Grad-Grenze“ würde das Weltklima vollends außer Kontrolle geraten - und das wäre keine lebenswerte Alternative. Um das Schlimmste zu verhindern, muss der CO₂-Ausstoß pro Erdenbürger/in auf 1 bis 2 Tonnen pro Jahr reduziert werden. Das ist ein ambitioniertes Ziel, denn die Pro-Kopf-Emissionen liegen in Österreich derzeit bei 11 Tonnen; bei den oft als „KlimasünderInnen“ bezeichneten ChinesInnen (Copyright: Um-

weltminister Berlakovich) aber nur bei vier Tonnen jährlich.

Klimaschutzversager. Eigentlich hätte Österreich seine Treibhausgas-Emissionen seit 1990 um 13 Prozent senken sollen. Doch obwohl das Kyoto-Ziel ein völkerrechtlich bindender Vertrag ist, sind hierzulande die Emissionen weiter angestiegen. Österreich bzw. der/die jeweilige Umweltminister/in steht im EU-Vergleich gemeinsam mit Spanien als größter Klimaschutzversager da. Bedingt durch diese Versäumnisse scheint ein zukunftsfähiger Umstieg also noch schwieriger zu sein. Doch die gute Nachricht des IHS lautet: Es ist durchaus zu schaffen, unsere Treibhausgas-Emissionen bis 2050 auf ein Zehntel zu senken. Österreichs Energieverbrauch wird sich im selben Zeitraum halbieren.

Energiesparmaßnahmen. Wie werden diese beiden Entwicklungen möglich? Einerseits durch effizienteren, also intelligenten Einsatz von Energie. Möglichkeiten hierfür gibt es genug: Sparsame Haushaltgeräte senken den Strombedarf, optimal isolierte Häuser müssen nicht beheizt werden und ein Umstieg vom PKW auf Öffis würde den Energiebedarf nochmals dramatisch reduzieren. Dadurch würden wir einen anderen, aber nicht notgedrungen schlechteren Lebensstil haben. Was dann andererseits noch an Energie benötigt wird, müsste durch den massiven Ausbau von er-

neuerbaren Energiequellen abgedeckt werden.

Zukunftsszenario. Das vorgestellte Energieszenario des IHS eröffnet auch zahlreiche Chancen für neue bzw. andere Arbeitsplätze. Beispiele hierfür sind das Bauge- und die thermische Wohnraumsanierung. Hier könnten über Jahrzehnte hinweg 25.000 neue Vollzeitarbeitsplätze geschaffen

werden. Auch die konsequente Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energiequellen würde tausende Jobs schaffen. Im produzierenden Bereich wird der Energieverbrauch bis 2050 um ein Drittel zurückgehen. Österreich wird aber deshalb kein Land ohne Industrie sein, denn die Industrieproduktion wird dennoch jährlich um rund ein Prozent zunehmen. Im Dienstleistungssektor ist eine zukunftsfähige Energieversorgung laut Studie vergleichsweise unkompliziert zu erreichen.

Verkehr. Die Verkehrsleistung der öffentlichen Verkehrsmittel wird in den nächsten 40 Jahren von 24,3 auf 35 Milliarden Personenkilometer ansteigen, während sich der motorisierte In-

dividualverkehr fast halbieren wird. Ein ähnliches Bild zeichnet die Studie für den Güterverkehr: Das Transportaufkommen wird insgesamt sinken, die Transportleistung der Bahn aber von 15,9 auf 27 Milliarden Tonnenkilometer ansteigen. Hier ist ein hohes Potenzial für neue „green jobs“ gegeben. Die ETF (Europäische Transportarbeiter-Föderation) geht davon aus, dass bei einem zukunfts-

wendigen Maßnahmen gehört z.B. ein Klimaschutzgesetz mit strengen und verbindlichen Reduktionszielen, eine Ökologisierung des Steuersystems, strenge gesetzliche Vorgaben und Standards bei allen Arten von Energie-Effizienz, „saubere“ Infrastrukturausbauten im Energie- und Verkehrssektor sowie eine „Raumplanung der kurzen Wege“ und vieles mehr.

Chance Bahn nutzen. Wir sollten also keine Ängste vor Klimaschutzmaßnahmen haben, sondern dafür sorgen, dass diese sozial gerecht sind, damit wir die zahlreichen Chancen auch wirklich nutzen können. Angesichts der wichtigen Rolle, die die



higen Verkehrssystem europaweit 8,7 Millionen Arbeitsplätze neu geschaffen werden: im Busbereich 4, beim Bahnbetrieb 2,7 und beim Bahnbau weitere 2 Millionen.

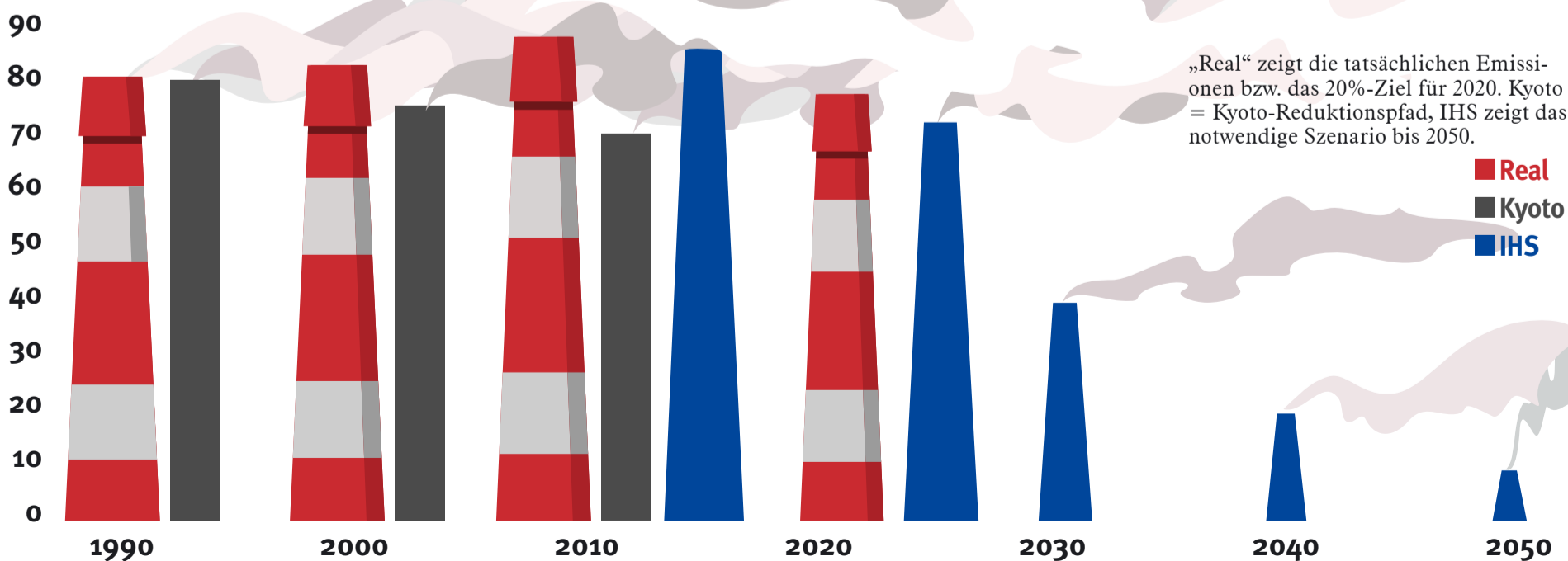
Bahn in der Zukunft spielen wird, müssen wir beispielsweise verhindern, dass die ÖBB kaputt gespart werden.

heinz.hoegelsberger@vida.at

WEBTIPP

Die Studie „Energie [R]evolution Österreich 2050 ist zu beziehen unter www.vida.at

Treibhausgas-Emissionen in Österreich (in Mio. Tonnen)



Grenzenloser Arbeitsmarkt

Dem Lohndumping im Burgenland wie auch dem Facharbeitermangel in Westungarn soll mit dem engagierten IGR-Projekt „Zukunft Im GrenzRaum“ Einhalt geboten werden. Fokus liegt auf muttersprachlicher Beratung in den Grenzregionen.

Derzeit arbeiten mehr als 27.000 ungarische ArbeitnehmerInnen in Österreich. Die Bereitschaft von ungarischen ArbeitnehmerInnen, zum Arbeiten ins Burgenland zu kommen ist - aufgrund der kurzen Wegstrecken - seit dem EU-Beitritt und auch im Zuge der Wirtschaftskrise weiter gestiegen. Dies geht oftmals mit den Nachteilen einher, keinen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz zu bekommen und um bis zu 40 Prozent weniger Lohn zu bekommen als burgenländische Beschäftigte.

Liberalisierung. Das Burgenland als Grenzregion ist von der schrittweisen Liberalisierung des Arbeitsmarktes besonders betroffen. Die Folge davon ist erhöhter Druck auf den burgenländischen Arbeitsmarkt durch Lohndumping und Verdrängungswettbewerb. Der westungarische Arbeitsmarkt andererseits steht vor dem Problem, dass Facharbeiter ins Ausland „abgesaugt“ werden und dadurch die ungarische Wirtschaftsentwicklung ins Stocken gerät.

Grenzregion. Für die Gewerkschaften in beiden Ländern ist seit langem klar, dass die Situation in der Grenzregion gewerkschaftspolitische Handlungen erfordert und es Maßnahmen braucht, um eine zielgerichtete effiziente Entwicklung des Arbeitsmarktes in der Grenzregion Burgenland-Westungarn zu ermöglichen - nicht zuletzt aufgrund der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai 2011 und dem Wegfall der Übergangsfristen. Das Projekt „Zukunft Im GrenzRaum“ ist ein grenzüberschreitendes Projekt gemeinsam mit der ungarischen Gewerkschaft MSZOSZ.

Beratung. Seit Projektbeginn im Jahr 2008 wurden bis Februar 2011 insgesamt 16.000



Vor allem bei den saisonal beschäftigten ArbeitnehmerInnen im Tourismus kommt es oft zu arbeitsrechtlichen Missständen.

Beratungen durchgeführt. Für die vida-Branchen werden die meisten Anfragen von ungarischen ArbeitnehmerInnen aus dem Bereich Tourismus und Verkehr gestellt. Vor allem im Bereich Tourismus suchen nicht nur Beschäftigte aus Ungarn Beratung, die im Burgenland arbeiten, sondern auch sehr viele, die entweder in der Winter- oder Sommersaison in Salzburg, Voralberg, Tirol oder Kärnten tätig sind.

Misstände. „Im Tourismus haben wir die Erfahrung gemacht, dass es vor allem bei den saisonal beschäftigten ArbeitnehmerInnen zu arbeitsrechtlichen Missständen kommt“, berichtet Projektleiterin Eszter Toth. Hier werde auch am häufigsten mit der Anmeldung bei der Sozialversicherung „gespielt“. Häufig werden die ArbeitnehmerInnen erst ein paar Wochen, nachdem sie die Arbeit aufnehmen, angemeldet und genau ein paar Wochen vor der tatsächlichen Beendigung abgemeldet. Gängige Praxis ist es auch, die ArbeitnehmerInnen zu Beginn des Arbeitsverhältnisses für 40 Stunden anzumelden und nach ein, zwei Wochen auf 20 Stunden umzumelden (obwohl natürlich weiterhin voll gearbeitet wird).

Überstunden. Weitere Probleme

der Tourismus-Beschäftigten sind: Sonderzahlungen und Überstunden werden entweder gar nicht oder nicht ordnungsgemäß bezahlt oder Ruhezeiten werden nicht eingehalten. „Vor kurzem waren zwei ungarische ArbeitnehmerInnen bei uns, die als Koch und Zimmermädchen saisonal in einem Hotel in Salzburg beschäftigt waren. Beide hatten pro Monat über 230 Stunden gearbeitet, die Überstunden wurden aber nie ausbezahlt“, berichtet Toth, die sich dafür einsetzte, dass die Beschäftigten zu ihrem Recht kamen.

Anderer Fall. „Voriges Jahr hatten wir den Fall, dass zwei Arbeitnehmerinnen in einem Restaurant/Hotel als Zimmer-

mädchen beschäftigt wurden. Nachdem sie von einem Tag auf den nächsten weggeschickt wurden, kamen sie zu uns in die Beratung“, erzählt die IGR-Projektleiterin. Dabei wurde festgestellt, dass beide nie angemeldet wurden, obwohl eine Arbeitnehmerin eineinhalb Jahre, die andere ein Jahr dort gearbeitet hatte. Das IGR-Team intervenierte sofort: Es wurde Anzeige bei der Gebietskrankenkasse erstattet, und beide Frauen wurden rückwirkend angemeldet.

Rechte und Pflichten. Die meisten ungarischen TagespendlerInnen wissen nicht über ihre mit dem Arbeitsverhältnis einhergehenden Rechte und Pflichten am Arbeitsmarkt Be-

scheid. „Das Informationsdefizit wird einerseits begünstigt durch Sprachschwierigkeiten sowie der mangelnden Kenntnis über die österreichische Rechtslage. Andererseits ist aufgrund der Lohnunterschiede die Bereitschaft höher, eine Beschäftigung auch unter Nichteinhaltung der kollektivvertraglichen und arbeits- und sozialrechtlichen Standards einzugehen“, erklärt Eszter Toth. Hier gilt es zu informieren und zu sensibilisieren.

Unterstützung. „Wir bieten mit unserem Team eine gezielte rechtliche Beratung in der Muttersprache und die Unterstützung bei der Durchsetzung von arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen an“, berichtet die IGR-Projektleiterin. Damit kann einem Verdrängungswettbewerb entgegen gewirkt und wesentlich dazu beigetragen werden, dass ausländische ArbeitnehmerInnen zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie österreichische Arbeitskräfte beschäftigt werden.

ines.schmied-binderlehner@vida.at

INFO

Leistungen des IGR-Projekts

- Zweisprachige Rechtsberatung für ArbeitnehmerInnen in den Bezirken Neusiedl, Eisenstadt, Oberpullendorf, Oberwart und Güssing
- Informationsveranstaltungen und zweisprachige Publikationen
- Netzwerke zwischen Behörden, Institutionen und Sozialpartnern beider Länder
- Grenzüberschreitende Branchen- und Betriebsrätekooperationen
- Schulung/Qualifizierung
- Ausbildung von MultiplikatorInnen
- Schulung für ArbeitnehmerinteressenvertreterInnen



WEBTIPP

www.igr.at





ÖBB-Lehrlinge

Mädchen machen mobil

„Heute sind die ÖBB weiblich“ - unter diesem Motto besuchten Lehrlingsmädchen der ÖBB die Konzernzentrale des Unternehmens am Wienerberg.

Immer mehr junge Frauen entscheiden sich für eine technische Ausbildung bei den ÖBB. Ihre Zukunftschancen stehen dadurch gut, denn die Nachfrage nach technischen Fachkräften ist groß.

Bei den ÖBB kommen jetzt verstärkt Frauen zum Zug. Ich freue mich, dass es so viele technikbegeisterte Mädchen gibt,

die die Chance auf eine gute Ausbildung und einen Job mit Zukunftschancen ergreifen“, meint vida-Frauenvorsitzende Elisabeth Vondrasek.

Anteil steigt. Als größter technischer Lehrlingsausbilder in Österreich bilden die ÖBB derzeit insgesamt 1.850 Lehrlinge aus. 318 davon sind Mädchen, das entspricht rund 17 Prozent – im Vergleich zu 2005 ein Zuwachs um mehr als 20 Prozent – und der Anteil steigt weiter kontinuierlich an.

Interesse. Obwohl die Mehrzahl noch in kaufmännischen Bereichen innerhalb der ÖBB

lernt, erobern immer mehr Mädchen die bisherige Männerdomäne Technik. Die Gründe dafür sind vielfältig: Das grundsätzliche Interesse an Technik und keinen typischen Frauenberuf erlernen zu wollen, sind sicher zwei der wichtigsten.

Gefragte Fachkraft. Die ÖBB haben das offizielle Gütesiegel als „Staatlich ausgezeichnete Lehrbetrieb“. Bis zu 70

Prozent der Jugendlichen, die ihre Lehre bei den ÖBB abschließen, bleiben im Unternehmen. Und auch den anderen stehen alle Türen offen: Denn wer einen Lehrabschluss bei den ÖBB hat, ist in Wirtschaft und Industrie eine gefragte Fachkraft. Im Jahr 2011 werden wieder 500 Lehrlinge im Unternehmen aufgenommen.

frauen@vida.at

Lehre mit Matura

Karriere auf Schiene

Bei den ÖBB haben Jugendliche die Möglichkeit, die Lehre mit Matura zu machen. Daniel Lackner und Patrik Pavel aus der Steiermark haben so ihre Karriere auf Schiene gebracht.



Die ÖBB-Lehrlinge Daniel Lackner und Patrik Pavel nutzen die Chance.

Man merkt einfach, dass alle freiwillig hier sind und daher ist die Stimmung gut“, so beschreibt Daniel Lackner die Atmosphäre. Gemeinsam mit 24 anderen ÖBB-Lehrlingen paukt der 17-Jährige jeden Dienstag nachmittags fast drei Stunden für die Matura. Der gebürtige Grazer ist im zweiten Jahr der Ausbildung zum Elektrobetriebstechniker und absolviert

seit September 2010 das erste Maturafach Mathematik. „Da wir so viele Teilnehmer sind, kommen die Lehrer des BFI Steiermark zu uns in die Lehrwerkstätte in Graz“, erzählt Daniel.

Freiwillige Zwischentests. Die Lehre mit Matura teilt sich in vier Module: Mathematik, Deutsch, Englisch und das fachspezifische Modul je nach

Art der Lehre. Ein Abschnitt dauert rund einhalb Jahre. „Auch wenn die Zwischentests freiwillig sind, sollte man trotzdem mitlernen, da es mit der Zeit einfach zu viel wird. Wer die Modulprüfung nicht schafft, muss den Abschnitt wiederholen“, schildert Daniel und ergänzt: „Jetzt ist mein Ziel der Lehrabschluss und die Matura und danach die Aufnahme in den FH-Studien-

gang Eisenbahn-Infrastrukturtechnik in Sankt Pölten.“

Jugendvertrauensrat. „Viele von uns haben nur das erste Schuljahr in einer höheren Schule absolviert oder haben zwischendurch abgebrochen. Nun haben wir eine zweite Chance, die Matura zu absolvieren“, meint Patrik Pavel. Der 18-Jährige macht ebenso wie Daniel die Ausbildung zum Elektrobetriebstechniker und seit einem Jahr ist er auch Jugendvertrauensrat-Stellvertreter in der Lehrwerkstätte Graz. „Der Jugendvertrauensrat und die Gewerkschaft haben sich dafür stark gemacht, dass die Lehrer direkt ins Haus kommen“, erklärt der gebürtige Leobener.

Kostenlose Ausbildung. Als Ergänzung zum Frontalunterricht, gibt es eine eigene Internetseite, auf der die Aufgabenstellungen nochmals erklärt werden. „Die Absolvierung der vier Module hintereinander dauert sechs Jahre. Deshalb können eifrige Lehrlinge zwei Abschnitte gleichzeitig machen. „Da bleibt nicht

mehr viel Freizeit und damit es nicht zu stressig wird, kann man die Module bis fünf Jahre nach der Lehrabschlussprüfung kostenlos absolvieren“, erklärt Patrik und sagt noch abschließend schmunzelnd: „Was jetzt noch fehlt, sind ein paar Kolleginnen, die sich dafür motivieren lassen. Die würden der Gruppe sicher gut tun.“

Eisenbahncluster in Graz. „Die Lehre mit Matura bei den ÖBB ist ein erster Zwischenschritt, um eine höhere Ausbildungsqualität im Eisenbahnwesen zu erreichen“, erklärt Gernot Acko, Vorsitzender der vida-Region Graz und Graz-Umgebung und ergänzt: „Mit dem Angebot des Fachhochschul-Studienganges Eisenbahn-Infrastrukturtechnik in St. Pölten ist ein erster Schritt getan. Durch die ansässigen Eisenbahnunternehmen und der generell starken Eisenbahnindustrie in der Steiermark ist der Bedarf an hochqualifizierten MitarbeiterInnen gegeben.“

patrik.nikitsar@vida.at

Sichtbare Folgen des Bahnsterbens

Die Übernahme zahlreicher Bahnstrecken durch das Land hat im „PendlerInnenland“ zum regionalen Kahlschlag geführt.

Niederösterreich ist das Land der PendlerInnen: Jede/r zweite (rund 260.000) niederösterreichische ArbeitnehmerIn pendelt in einen anderen Bezirk oder ein benachbartes Bundesland zur Arbeit. Für längere Wege werden dabei öffentlichen Verkehrsmittel bevorzugt. Pro Werktag werden durchschnittlich 15,7 km mit dem Auto und 31,9 km mit der Bahn zurückgelegt.

185 km weniger. Die Übernahme vieler Bahnstrecken durch das Land Niederösterreich hat aber einen beispiellosen Kahlschlag bewirkt. Mit dem Fahrplanwechsel 2010/11 wurden praktisch über Nacht 185 Kilometer Schiene für den Personenverkehr eingestellt. Für die „rechtlich fragwürdigen Einstellungsbescheide“ sei Landeshauptmann Pröll verantwortlich (siehe Tabelle), erklärt der Vorsitzende der vida-Niederösterreich, Horst Pammer: „Die Folgen sind unumkehrbar, denn eine stillgelegte Bahn kann nur mit viel Aufwand und hohen Kosten wieder reaktiviert und auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden.“

Abgeschnitten. Die NiederösterreicherInnen müssten deshalb zahlreiche Verschlechterungen erdulden, kritisiert Pammer. SchülerInnen und ArbeitnehmerInnen, die beispielsweise aus Kienberg, St. Aegydy oder Hohenberg nach St. Pölten fahren, können dies nun nicht mehr direkt per Zug tun, sondern müssen mindestens einmal umsteigen. Im ohnehin benachteiligten Waldviertel seien die Bezirkshauptstädte Waidhofen/Thaya und Zwettl von der Bahn abgeschnitten, unzureichende Buskonzepte seien kein wirklicher Ersatz - SchülerInnen benötigen nun viel länger zu ihren Ausbildungsstätten. Außerdem sei der „Waldviertelbus“ nur sehr schlecht auf die noch bestehenden Eisenbahnlinien abgestimmt, erörterte der vida-Landesvorsitzende: „Weil der Bus nur von Montag bis Freitag fährt, ist er kein Angebot im Zusammenhang mit Spitals-, Sport- und Veranstaltungsbesuchen. Damit haben vor allem Jugendliche und ältere Menschen das Nachsehen.“



Lichtblick in Niederösterreich: Wenigstens die Mariazellerbahn wird nicht eingestellt.

Gästeschwund. Im Jahr 2008 meinte Landeshauptmann Pröll (ÖVP), dass die Ybbstalbahn von Waidhofen/Thaya nach Lunz am See und Ybbsitz in der Region eine „bedeutende Rolle“ spiele. Pröll

sollte Recht behalten: Seit der Bahnbetrieb weitgehend eingestellt wurde, weisen die Daten der Statistik Austria einen markanten Gästeschwund im Ybbstal nach. Ähnliches wird auch für die Wachau befürcht-

et, wenn den vielen RadtouristInnen keine Bahn im Stundentakt mehr zur Verfügung steht. Dass mit der Donauuferbahn auch die einzige hochwassersichere Verkehrsverbindung weggefallen ist, hat man in der Wachau schon Anfang des Jahres schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen. Da Bahnen generell attraktiver als Busse sind (Fahrradmitnahme, Laufruhe, mehr Bewegungsfreiheit, Toiletten usw.), werden wohl viele Fahrgäste in Niederösterreich ausbleiben. „Weitblickende und zukunftsfähige Verkehrspolitik sieht wahrlich anders aus“, bedauert Pammer.

Die Opfer des „NÖ-Deals“

Eingestellte Strecken	Streckenlänge	Besitzer
Ybbstalbahn	54 km	Land NÖ
Mank – Ober Grafendorf	19 km	Land NÖ
Emmersdorf - Krems	36 km	Land NÖ
Waidhofen/Thaya - Schwarzenau	10 km	Land NÖ
Zwettl - Schwarzenau	23 km	ÖBB
Kienberg-Gaming - Scheibbs	11 km	ÖBB
Markt St. Aegydy - Schrambach	23 km	ÖBB
Bad Pirawarth - Sulz Museumsdorf	9 km	ÖBB
Summe	185 km	

heinz.hoegelsberger@vida.at
hansjoerg.miethling@vida.at

Brustkrebs-Früherkennungsprojekt startet

Der häufigsten Krebsart bei Frauen wird österreichweit mit einer Aktion der Sozialversicherungen und des Gesundheitsministeriums der Kampf angesagt.

Mit jährlich rund 1.600 Todesfällen zählt Brustkrebs zu den häufigsten Todesursachen bei Frauen in Österreich. Dabei liegt das Risiko einer Frau bis zum 50. Lebensjahr an Brustkrebs zu erkranken bei zwei Prozent und steigt bis zum 75. Lebensjahr auf acht Prozent an. Nun wird ein neues Brustkrebs-Früherkennungsprogramm für die Risikogruppe der 50- bis 69-jährigen Frauen eingeführt. Dafür sollen alle Frauen dieser Altersgruppe alle zwei Jahre ein persönliches Schreiben mit der Einladung zur Mammographie erhalten und damit – auch ohne Überweisung – direkt einen Termin in Anspruch neh-

men können. Natürlich ist die Einbindung der AllgemeinmedizinerInnen und GynäkologInnen besonders wichtig und im Programm berücksichtigt. Denn zum einen ist eine Nachbetreuung sicherzustellen falls die Teilnehmerin noch keine Vertrauensärztin bzw. keinen Vertrauensarzt hat und zum anderen will das Programm keinesfalls in bestehende Vertrauensbeziehungen zwischen ÄrztInnen und deren Patientinnen eingreifen.

Die Strategie. Jede Frau zwischen 50 und 69 Jahren soll alle zwei Jahre zur Mammografie gehen, so der nach EU-Vorgaben erstellte Früherkennungs-



Mit der Aktion sollen Frauen ab 50 dazu bewegt werden, die Brustkrebs-Vorsorge-Untersuchungen zu nützen.

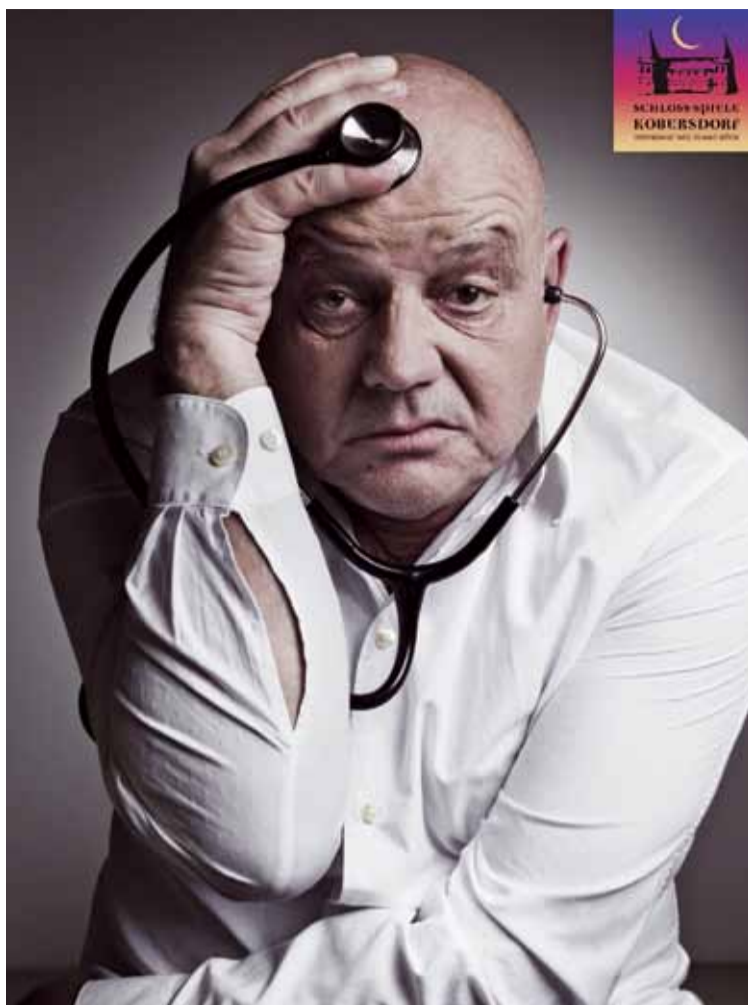
Plan. Eine Teilnehmerate von 70 Prozent wird angestrebt. Das derzeitige System - bisher haben in Österreich alle Frauen ab 40 die Möglichkeit zur freiwilligen Untersuchung - gilt als nicht treffsicher. Die Teilnahme wird nicht mittels Einladungen

gesteuert, sondern erfolgt nach Überweisung durch einen Mediziner. Die Risikozielgruppe, Migrantinnen und sozial schlechter gestellte Frauen gehen zu selten zur Früherkennung, jüngere Frauen nehmen sie zu oft in Anspruch.

Kosten und Nutzen. 45 Millionen Euro wollen die Sozialversicherungen und das Gesundheitsministerium jährlich für das neue Screening zur Verfügung stellen. „Wir gehen davon aus, dass das reicht und wenn sich mehr Frauen melden, werden wir auch das Geld dafür aufbringen“, betonte Gesundheitsminister Alois Stöger. „Es ist eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Vorsorgemaßnahmen. Brustkrebs ist die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. Wir haben jährlich 4.500 Neuerkrankungen.“ Ein Drittel der Frauen mit dieser Diagnose sterbe. Je früher man Brustkrebs diagnostiziert, desto größer sind die Heilungschancen und die Chancen für eine minimal invasive Therapie. Laut Untersuchungen aus Deutschland werden kleine Tumore dank Screening-Programmen häufiger entdeckt - bei Geschwülsten kleiner als zehn Millimeter seien es 30 statt nur 14 Prozent. In den Niederlanden habe die Sterblichkeit bei den 55- bis 74-Jährigen 15 Jahre nach der Einführung um 25,5 Prozent abgenommen.

alice.wittig@vaeb.at

Service



40 Jahre Schloss-Spiele Kobersdorf

Mit der Aufführung von Molières „Der eingebildete Kranke“ feiern heuer die Schloss-Spiele Kobersdorf das 40-Jahr-Jubiläum.

Manch einer hat schon große Lust am Leiden. Molières Argan ist mit dieser Marotte in den Komödienhimmel der Theatergeschichte eingegangen.

In diesem Verwirrspiel um Liebe, Betrug und unzähligen Wehwehchen des Protagonisten

dürfen sich die ZuschauerInnen auf quirlige Unterhaltung, gespickt mit Tanz und pointierten Texten freuen. In hervorragend-komödiantischer Besetzung sind unter anderem Wolfgang Böck, Doris Hindinger, Fritz Egger, Thomas Freudensprung, Ronald Kuste zu sehen, Regie führt Christine Wipplinger.

Spielzeit: 5. Juli (Premiere) bis 31. Juli 2011, jeweils DO bis SO

Vorstellungsbeginn: 20.30 Uhr
Vorstellungsort: Schloss Kobersdorf, 7332 Kobersdorf
Kartennormalpreise: 25 bis 45 Euro

INFO

Kartenservice & Information

vida-Mitglieder erhalten direkt bei der Vorverkaufsstelle in Eisenstadt gegen Vorlage der vida-Card 10 Prozent Ermäßigung auf jeweils zwei Eintrittskarten an Donnerstagen und Sonntagen in allen Kategorien.

Büro der Schloss-Spiele Kobersdorf, Glorietteallee 1, 7000 Eisenstadt
Tel.: +43(0)2682 66 211, Fax: + 43(0)2682 66 211-14
E-Mail: schloss-spiele@kobersdorf.at, www.kobersdorf.at

ÖGB-Mitglieder erhalten Karten der Kategorie II und IV an Donnerstagen und Freitagen um 15 Prozent ermäßigt bei der ÖGB-Kartenstelle.

ÖGB-Kartenstelle, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: +43(0) 1 53 444 39-673, E-Mail: ticketservice@oegb.at

Den **Sitzplan mit der Kategorien-Einteilung** finden Sie auf www.kobersdorf.at im Bereich „Kartenservice“.

GEWINNSPIEL

vida verlost 3x2 Freikarten

für die Vorstellung am Sonntag, den 24. Juli 2011, wenn Sie uns folgende Gewinnfrage beantworten können:

Wer hat die Komödie „Der eingebildete Kranke“ geschrieben?

Antworten an:

vida/Pressereferat; Kennwort: „Kobersdorf“, Johann-Böhm-Platz 1, A-1020 Wien oder per E-Mail: zeitschrift@vida.at, Einsendeschluss: 31. Mai 2011

Laufend Infos zu Wirtschaftsthemen und Internationalem

Der zweimal monatlich erscheinende „Newsflash“ ist der elektronische Newsletter der Referate Internationales und Wirtschaft in der Gewerkschaft vida. Informieren Sie sich mit dem Newsletter über Veranstaltungen und Projekte, an denen vida beteiligt ist, Presseberichte über internationale Gewerkschaftsaktivitäten, Seminarempfehlungen und Buchtipps.

Jetzt kostenlos abonnieren auf www.vida.at in der Rubrik Newsletter (Log-in-Bereich).



vida-Newsflash

@ zeitschrift@vida.at

Schreiben Sie uns, wie Ihnen die vida-Zeitschrift gefällt.

- Wir freuen uns
- über Ihre Rückmeldungen,
 - über Tipps und
 - Anregungen.

Schreiben Sie ein E-Mail an:

zeitschrift@vida.at

Oder per Post an die:

Gewerkschaft vida
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 - 39744, Fax 01/662 32 96 - 39793, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, [www: http://www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at).

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 21

Herstellungsort: Neudorf

Redaktionsteam dieser Ausgabe: Walter Darmstädter, Martina Fassler (Chefredaktion, mf), Heinz Högelsberger, Hansjörg Miethling, Patrick Nikitser, Maria Ostermann, Matthias Schachner, Ines Schmied-Binderlehner, Rudolf Srba, Marion Tobola, Alice Wittig.

Grafik: Peter-Paul Waltenberger, ÖGB-Verlag.

Fotos Titelseite: ÖBB, Fotolia/Andre Bonn, Häusler

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/53444 79 265.

DVR-Nr.: 0046655. **ZVR:** 576 439 352



Ihr Konto bei der Sparda-Bank kostet Sie keinen Cent!

Daueraufträge, Überweisungen, Einziehungsaufträge, Kontoführung, etc ... Alles zum Nulltarif

Alle Arbeiten bei einer Kontoverlegung zur Sparda-Bank werden kostenlos, rasch und sicher erledigt. Electronic-Banking gratis.

Die Sparda-Bank immer in Ihrer Nähe:

5x in Linz	2x in Steyr	St. Valentin	Attnang
3x in Salzburg	2x in Wels	Selzthal	Bischofshofen

SPARDAbank
Eine Bank wie ein Freund

www.diesparda.at

Bank für Arbeitnehmer, Studenten, Arbeitslose und Rentnerinnen
Gemeinnützige Organisation

plus! vida

www.vida.at

Verkehr

Seite 10

Soziale, Persönliche Dienste
und Gesundheitsberufe

Seite 11

Private
Dienstleistungen

Seite 12

Ahoj alte, ahoj neue Heimat!



Arbeitsmarköffnung

Mit 1. Mai 2011 dürfen Arbeitskräfte aus acht neuen EU-Ländern in Österreich uneingeschränkt beschäftigt werden. Aber bereits vor der Öffnung arbeiteten viele Menschen aus den betroffenen Ländern in Österreich – wie zum Beispiel Lucia, Mária und Julia, drei gebürtige Slowakinnen, die im Pflege- und Gesundheitsbereich tätig sind.



Grenzenlose Pflege und Betreuung: Viele Slowakinnen haben in Österreich ihre Berufung gefunden.

Ahoj ist slowakisch und wird sowohl zur Begrüßung als auch zur Verabschiedung eingesetzt. In der Slowakei leben über 5 Millionen Menschen. Mit einem Durchschnittsalter von 35 Jahren gehört unser Nachbar zu den „jungen“ Staaten Europas. Viele Menschen aus der Slowakei haben ihr berufliches Glück bereits außerhalb ihrer Heimat gesucht – und gefunden. Seit dem EU-Beitritt haben über 200.000 slowakische Arbeitskräfte die Möglichkeit der Freizügigkeit genutzt. Auch in Österreich arbeiten viele SlowakInnen, vor allem im Baubereich, in der Landwirtschaft, im Tourismus und im Gesundheitswesen.

Nomaden. Aufgrund der räumlichen Nähe zwischen der Slowakei und Österreich pendeln SlowakInnen häufig zwischen Heimat und Job. So wie die 25-jährige Lucia K*. Die ausgebildete gesundheitliche Assistentin kommt aus der ostslowakischen Gemeinde Dlhé nad Cirochou und arbeitet seit fünf Jahren als 24-Stunden-Betreuerin in Österreich. „Die Slowakei habe ich verlassen, weil es in meiner Region nicht genug Arbeitsplätze gab und weil die Entlohnung im Gesundheitswesen so schlecht ist“, erklärt Lucia. Zu Hause fühlt sich Lu-

cia nur in ihrer Heimat – trotzdem ist sie im Zwiespalt. „In Österreich werde ich von manchen als Fremde angeschaut, die hier nur arbeitet. Zu Hause werde ich als ‚Reiche‘ angesehen, was allerdings nicht der Wahrheit entspricht. Aber irgendwann möchte ich wieder ganz zurück in meine Heimat – zu meiner Familie.“

Jobwechsel. Die 55-jährige Mária G* pendelt ebenfalls zwischen alter und neuer Heimat. Seit elf Jahren arbeitet die gebürtige Ost-Slowakin in Österreich. Die Heimat verlassen hat Mária als ihr Mann seine Arbeit verloren hat, nachdem bereits sie entlassen worden war. Die Slowakin hat sich aber nicht nur dazu entschieden, ins Ausland zu gehen, sondern auch einen neuen beruflichen Weg einzuschlagen: von der Verkäuferin zur Betreuerin – eine Arbeit, die Mária schon immer nahe stand. „Mein Mann ist schwer krank und mit nur einem slowakischen Gehalt würden wir nicht auskommen. Außerdem erfüllt mich die Arbeit als Betreuerin, obwohl sie auch viel abverlangt und leider nicht genug anerkannt wird“, erzählt Mária.

Neue Heimat. Julia Takacova, 59, kommt ursprünglich aus der Nähe von Bratislava. Seit

1993 lebt und arbeitet die diplomierte Krankenschwester in Österreich. Die Absolventin einer Krankenpflegeschule ist ausgebildete Hebamme, war aber unter anderem auch als OP-Schwester in der Unfallchirurgie in ihrer Heimat tätig. Nach Österreich gekommen ist Julia mit einer Arbeitskollegin. Aufgrund der wirtschaftlich schlechten Lage haben beide ihre Heimat verlassen und ihre neue Berufung in Wien gefunden. Seit 2007 arbeitet Julia im Haus der Barmherzigkeit in der Tokiostraße und betreut vor allem Menschen mit Demenz. Davor kümmerte sie sich um behinderte Kinder im Haus Vinzenzgasse. Julia ist Betriebsrätin und versteht sich sehr gut mit ihren KollegInnen, die aus vielen verschiedenen Ländern kommen. Auch ihre jüngere Tochter arbeitet hier; die ältere wird, wann immer möglich, in der Slowakei besucht. Julias (neue) Heimat ist und bleibt aber Österreich.

Aufschwung. In der Slowakei ist die volle Öffnung des öster-

reichischen Arbeitsmarktes kein großes Thema. Denn wenn jemand in Österreich arbeiten will, arbeitet er bereits dort, hört man oft in der Öffentlichkeit – auch von Lucia, Mária und Julia. Befragungen zeigen, dass die Migrationsbereitschaft der SlowakInnen relativ gering ist. Experten erklären sich das mit dem dynamischen Wachstum in den vergangenen Jahren und mit den Aussichten. Eva Müller, Leiterin des internationalen Referats in der Gewerkschaft vida, erklärt: „In den EU-Nachbar-

staaten fand in den letzten sieben Jahren ein Aufholprozess bei der Entwicklung des Lohnniveaus statt. Dies schwächt den Anreiz, das Heimatland zu verlassen. Migration verliert an Attraktivität, wenn das Herkunftsland 70 Prozent des Wohlstandes des Ziellandes überschritten hat. Inzwischen liegt der durchschnittliche Bruttolohn im Raum Bratislava bei 800 Euro.“

marion.tobola@vida.at

*Name der Redaktion bekannt

WEBTIPP

Mehr Schutz für Beschäftigte

Das neue Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping bringt mehr Schutz für in- und ausländische Beschäftigte. Ziel des Gesetzes ist es, die kollektivvertraglich verankerten Löhne vor einem Unterlaufen zu schützen. Bei einer Konferenzreihe informieren sich BetriebsrätInnen über Chancen und Herausforderungen: www.arbeitsmarktoeffnung.at

Studie Arbeitsmarköffnung 2011

Mögliche Auswirkungen für die Grenzregion zur Slowakei
Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung
www.oeibf.at



Einheitlicher Verkehrsraum bis 2050

Kommentar

Brief an die RCA-Beschäftigten



Foto: OGB-Verlag/Paul Sturm

Den KollegInnen der ÖBB Rail Cargo Austria AG flatterte Mitte April ein Brief, unterzeichnet vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats und vom Vorstand, auf den Tisch. Im Schreiben werden die KollegInnen auf die dramatische finanzielle Situation des Unternehmens am Rande des Konkurses hingewiesen; es gebe keine Alternativen zur Sanierung mit auch schmerzhaften Maßnahmen. „Jahrelang war die RCA bei weitem nicht so erfolgreich, wie sie dargestellt wurde“, heißt es im Brief wörtlich.

Fehlmanagement. Die Belegschaftsvertretung nimmt diese Vorgangsweise mit großem Befremden zur Kenntnis, denn im Schreiben kommt eindeutig zum Ausdruck, dass neben der Wirtschaftskrise auch jahrelanges Fehlmanagement die RCA dorthin geführt hat, wo sie heute leider steht. Fairerweise darf nicht unterschlagen werden, dass die Verantwortlichen für die RCA-Misere noch immer in ÖBB-Führungspositionen tätig sind. Mit welchem Recht verlangt also das neue Management schwere Eingriffe bei den Beschäftigten, wenn es die Verursacher bei üppigen Gagen und zusätzlichen Bonizahlungen weiterhin ungeschoren im Konzern belässt?

Mit welcher Berechtigung? Denn dass die Folgen des Zockertums letztendlich zur Misere der ÖBB beigetragen haben und Huber und Söllinger deswegen - absurderweise aber finanziell wohlbestallt - in die Wüste geschickt wurden, ist nicht von der Hand zu weisen. Für die Belegschaftsvertretung ist deshalb klar, dass das Management es sich nicht derartig einfach machen kann, sondern vielmehr auch seinen Beitrag zur RCA-Sanierung beitragen muss.

Betriebsratswahlen. Ende Juni 2011 werden in der ÖBB Infrastruktur AG Betriebsratswahlen stattfinden. Das wurde notwendig, weil mit dem Bundesbahnstrukturgesetz 2009 die größten Schnitzer der vermurksten schwarzblauen ÖBB-Reform aus dem Jahr 2003 wieder ausgetauscht wurden. Die Zusammenführung von Bau und Betrieb brachte nicht nur massive organisatorische und prozessbedingte Veränderungen, sondern machte auch neue Strukturen in der Belegschaftsvertretung notwendig. Das Arbeitsverfassungsgesetz erteilt uns einen klaren Auftrag - auch in der ÖBB Immobilienmanagement GmbH und ÖBB Information Kommunikation Technologie finden Betriebsratswahlen statt.

wilhelm.habertzettl@vida.at
Vorsitzender der Sektion Verkehr

Wellcon mit neuem Führungsteam

Die Firma Wellcon mit den Kernkompetenzen Arbeitsmedizin, Arbeitspsychologie, Ernährungsberatung, Sportwissenschaft und Untersuchungsleistungen hat seit 1. Jänner 2011 ein neues Führungsteam. Neben Mag. Barbara Wallner als neuer Geschäftsführerin werden Mag. Petra Kopecky für den Bereich „Gesundheitsförderung und Sicherheit“ und Dr. Julija Vrabl für die ärztliche Leitung verantwortlich sein.

Mag. Wallner hat in Ihrer neuen Funktion als Geschäftsführerin vor allem das Ziel, „mit den Wellcon-Produkten einen Beitrag zum Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Arbeitsplatz zu leisten und damit auch zum Erfolg der Unternehmen beizutragen“.

Bereits jetzt kann sich die Firma Wellcon über hohe Kundenzufriedenheit freuen, aber das Team will mehr. Ganz nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als Heilen“ wird Mag. Kopecky den neuen Bereich „Gesundheitsförderung und Sicherheit“ aufbauen. Dr. Julija Vrabl ist seit 2008 ärztliche Leiterin der Wellcon und wird den erfolgreichen Weg fortsetzen.



Das neue Wellcon-Führungsteam (v.l.): Mag. Petra Kopecky, Mag. Barbara Wallner, Dr. Julija Vrabl

EU-Ziel: Die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen sollen bis 2050 um 60 Prozent sinken - auch um Europas Abhängigkeit von Ölimporten zu verringern.

Mit ihrem neuen „Weißbuch Verkehr“ präsentierte die EU-Kommission ihren Fahrplan für die europäische Verkehrspolitik.

Am 28. März 2011 hat die Europäische Kommission das lange erwartete und mehrfach verschobene „Weißbuch Verkehr“ mit dem Titel „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum“ veröffentlicht. Darin werden die Eckpfeiler für die europäische Verkehrspolitik bis zum Jahr 2050 beschrieben. Mit einer umfassenden Neuordnung des Verkehrssektors will die Kommission Menschen und Güter mit drei Kernzielen schneller und umweltfreundlicher ans Ziel bringen: Verlagerung des Verkehrs von

der Straße auf die Schiene und das Wasser, Senkung der CO₂-Emissionen sowie durch generell zusätzliche Mobilität.

Verkehrsnetze. Bis 2050 soll mindestens die Hälfte der Personenbeförderung ab 300 Kilometern auf die Schiene verlagert werden - der Güterverkehr soll bis dahin vermehrt auf Bahn- oder Schiff wechseln. Der hierfür geplante Ausbau des europäischen Verkehrsnetzes um geschätzte 550 Milliarden Euro soll etwa alle Flughäfen des Kernnetzes an die Schiene anbinden und so für eine insgesamt bessere Vernetzung aller Verkehrsträger sorgen.

Klima- und Umweltschutz. Die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen sollen bis 2050 um 60 Prozent sinken, auch um Europas Abhängigkeit von Ölimporten zu verringern: Der Anteil emissionsarmer Flugkraftstoffe soll auf 40 Prozent zulegen und die Emissionen in der Schifffahrt sollen um 40 Prozent sinken. Bis 2050 soll es auch keine Autos mit konventionellem Kraftstoff mehr in den Städten geben. Darüber hinaus gilt: weg vom Individualverkehr - hin zu Car-Sharing, Fahrrad und Öffis und somit zu einer höheren Lebensqualität und

Nachhaltigkeit mit weniger Abhängigkeit von Öl.

Sicherheit. Die Verkehrstoten sollen auf Null reduziert werden: Assistenzsysteme und Techniken wie der automatische Notruf im Falle eines Unfalls im Auto sowie effektivere Rettungsmaßnahmen und eine besondere Sensibilisierung der VerkehrsteilnehmerInnen sollen dazu beitragen. Laut Weißbuch soll eine aerodynamische Gestaltung der Lkw den Spritverbrauch senken. Dahinter versteckt sich aber das Ziel, Lkw höher und breiter und somit zu schwereren bei Unfällen gefährlicheren „Gigalibern“ machen zu können.

Luftfahrt. Der einheitliche europäische Luftraum soll ein neues Verkehrsmanagementsystem erhalten. Steigt das Luftverkehrsaufkommen muss auch die Effizienz steigen, um Staus zu vermeiden. Mehr Passagiere auf den Flughäfen bedeutet, dass auch die Bodenabfertigung und Sicherheitskontrolle schneller arbeiten müssen.

Lesen Sie die Inhalte des EU-Weißbuches Verkehr im Internet auf www.vida.at nach.

hansjoerg.miethling@vida.at



Foto: Fotolia/Ben Chams

KV Barometer

KV-Abschluss für die ArbeitnehmerInnen in den Speditions- und Lagereibetrieben. Die KV-Löhne sowie die Zulagen und Lehrlingenschädigungen werden rückwirkend ab 1. April 2011 mit einer Laufzeit von 12 Monaten um 2,7 Prozent erhöht.

Reinigung in Privathaushalten

Viele erwarten sich eine unsichtbare Fee

Tausende Frauen arbeiten illegal in Österreichs Privathaushalten. Lena Rheindorf und Andrea Stoick haben sich mit der Situation der „Putzfrauen“ und den Gründen für das Auslagern der Hausarbeit befasst. *vida* hat sie zu den Ergebnissen ihrer Studie befragt.



Foto: Fotolia/irochka

vida: Immer mehr Haushalte beschäftigen eine Reinigungskraft für ein paar Stunden in der Woche. Was sind die Gründe dafür?

A. Stoick: Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist gestiegen, aber die Hausarbeit ist immer noch größtenteils Frauensache. Um die Doppelbelastung zu reduzieren, greifen viele auf externe Kräfte zurück.

L. Rheindorf: Wenn man Haus- und Erwerbsarbeit zusammenzählt, beträgt die wöchentliche Gesamtarbeitszeit bei den Frauen ca. 72 Stunden, bei den Männern 48. Viele Männer wenden Umgehungsstrategien an. Da heißt es etwa: „Ich kann das nicht“, um das Verrichten von Hausarbeit zu vermeiden. Viele Frauen wollen aber nicht mehr alleine für diesen komplett minderwertigen Arbeitsbereich zuständig sein. Damit es nicht zu Konflikten kommt, wird die Arbeit an eine Reinigungskraft delegiert.

A. Stoick: Es ist meist die Aufgabe der Frauen, eine geeignete Reinigungskraft zu finden. Die Frauen werden im Privathaushalt damit zu Arbeitgeberinnen.

vida: Was sind die Hauptgründe für die Annahme einer derartigen Arbeit?

A. Stoick: Zum einen sind es Frauen, die nur kurzfristig einreisen, aber hier gar nicht sesshaft werden wollen. Sie pendeln zwischen Österreich und ihrem Herkunftsland – im Wochen-

oder Monatsrhythmus. Ihr Ziel ist, sich zuhause mit dem Geld etwas aufzubauen. Dann gibt es Frauen, die zwar in Österreich leben aber keine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis haben und damit illegalisiert sind. Sie haben meist auch im Herkunftsland keine finanzielle Absicherung und keinen arbeits- und sozialrechtlichen Rückhalt, was ihre Lage verschärft.

L. Rheindorf: Oft ist der Anlass das Erfüllen familieninterner „Versorgungspflichten“ gegenüber Angehörigen, die sie dazu drängen, als Reinigungskraft in Österreich tätig zu werden.

vida: Was sind die Hauptprobleme der Beschäftigten?

A. Stoick: Meist bestimmt die Arbeitgeberin die Höhe des Lohns und die Art der Auszahlung. Ob und wann der Lohn erhöht wird, ist willkürlich. Es gibt keine sozialrechtliche Absicherung, keine Pensionsansprüche, keine Unfallversicherung.

L. Rheindorf: Es fehlt den Arbeitgeberinnen das Bewusstsein, dass diese Arbeit Lohnarbeit ist. Das Informelle dieses Arbeitsverhältnisses bedingt, dass die Tätigkeiten von den Arbeitgeberinnen meist nicht genau beschrieben werden, da sie zuvor meist eher unbewusst ausgeübt werden. Oft wird nur mittels Zettelchen miteinander kommuniziert. Viele hätten gern eine unsichtbare Hausfee, die keinen Platz einnimmt, und

die erahnt, was wie zu tun ist. Die Vermittlung der Arbeitsplätze erfolgt meist, indem eine Arbeitgeberin einer Bekannten oder Verwandten ihre Reinigungskraft weiterempfiehlt. Das verstärkt das Machtgefälle: Wenn eine Arbeitgeberin unzufrieden ist, verliert die Reinigungskraft unter Umständen gleich mehrere Jobs.

vida: Mit 1. Mai wird unser Arbeitsmarkt für acht osteuropäische Länder geöffnet. Dadurch fällt für viele Frauen, die jetzt in Privathaushalten putzen, das Beschäftigungsverbot weg. Wird das zu einer Legalisierung der Arbeitsverhältnisse führen?

A. Stoick: Vielleicht in einzelnen Fällen, aber ich bin skeptisch, dass sich dadurch viel ändern wird. Es fehlt den Privathaushalten das Bewusstsein dafür, dass sie in diesem Fall ArbeitgeberInnenfunktion haben. Und der Staat schaut weg, weil auf diese Weise die Versorgungsarbeit im Privaten weiter gut funktioniert und sich gesellschaftlich nichts ändern muss – weder was die Minderbewertung von Hausarbeit betrifft, noch die Einwanderungspolitik.

martina.fassler@vida.at

Kommentar

Zu früh gefreut?



Foto: OGB-Verlag/Paul Sturm

Rettet die Retter! Mit diesem Hilferuf wandten sich die Betriebsräte und Beschäftigten der privaten Rettungs- und Krankentransportdienste vor drei Jahren an die Öffentlichkeit. Sie forderten einheitliche Mindestlöhne für die Branche statt Lohndumping durch einige schwarze Schafe unter den Rettungsorganisationen. Die „Retterinnen und Retter“ waren damals durch keinen Kollektivvertrag geschützt – ausgenommen die Beschäftigten beim Österreichischen Roten Kreuz.

Mindestlöhne eingeführt. Vor rund einem Jahr hat das im Sozialministerium angesiedelte Bundeseinigungsamt entschieden, mit Anfang Jänner 2010 erstmals den Kollektivvertrag des Österreichischen Roten Kreuzes (= ÖRK-KV) für alle qualifizierten Rettungs- und Krankentransportdienste in Österreich zu setzen. Da es in der Branche nur diesen einen Kollektivvertrag gab, war das Setzen – also das Ausweiten des Geltungsbereiches des Kollektivvertrages auf Betriebe, die die gleichen Tätigkeiten ausführen – die logische Folge.

Neuer Arbeitgeberverband. Nun wird diese Gleichbehandlung in Lohn- und Gehaltsfragen von einer neu gegründeten Arbeitgebervereinigung bekämpft, hinter welcher der Österreichische Arbeiter-Samariter-Bund steht. Diese neue Arbeitgebervereinigung, die BARS (=Berufsvereinigung von ArbeitgeberInnen von Rettungs- und zugehörigen Sanitätsberufen), möchte aus dem Geltungsbereich des Rot-Kreuz-Kollektivvertrages ausscheren. Die BARS argumentiert, der KV des ÖRK habe für die Branche keine Leitfunktion, dürfe also nicht mehr gesetzt werden. Stattdessen will die BARS selbst einen Kollektivvertrag aushandeln dürfen.

Ausgang offen. Sollte das Bundeseinigungsamt aufgrund der Initiative der BARS dem Roten Kreuz die Kollektivvertragsfähigkeit aberkennen, gäbe es überhaupt keine Lohn- und Gehaltsregeln für die privaten Rettungsdienste. Wenn nur die Satzung selbst nicht anerkannt wird, haben wir den alten Zustand, dass es nur beim Roten Kreuz Mindestlöhne gibt und sich die anderen an keine Lohn- und Gehaltsregeln halten müssen.

Was *vida* will. Als Gewerkschaft fordern wir, dass für alle ArbeitnehmerInnen der Branche dieselben Mindestlöhne gelten, egal bei welchem Arbeitgeber sie beschäftigt sind. Aber vielleicht ist diese Situation eine Chance, die Befindlichkeiten einzelner Organisationen zu überwinden und eine Gleichbehandlung der ArbeitnehmerInnen – nicht nur in den einzelnen Organisationen, sondern auch über die einzelnen Bundesländergrenzen hinweg – zu erreichen. Zeit dafür wäre es.

willibald.steinkellner@vida.at
Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

KV BAROMETER – KV-RUNDE 2011

✓ Rettungsdienste. Der Kollektivvertrag des Österreichischen Roten Kreuzes (ÖRK) für 2010 wurde vom Bundeseinigungsamt gesetzt. Das heißt, die im Kollektivvertrag festgelegten Mindestlöhne und -gehälter sind auch von den übrigen privaten Rettungstransportdiensten wie zum Beispiel dem Grünen Kreuz oder dem Arbeiter Samariter Bund einzuhalten.

⊕ Mindestlöhne 2011. Mittlerweile gibt es beim ÖRK einen Abschluss für 2011 (*vida* berichtete darüber in der März/April-Ausgabe). Dieser Kollektivvertrag für das heurige Jahr ist beim Bundeseinigungsamt bereits zur Satzung eingereicht, damit er auch für die anderen privaten Rettungstransportdienste Geltung erhält. Einige private Rettungsdienste wollen aus der Satzung ausscheren

und haben dazu einen eigenen Arbeitgeberverband gegründet, der sich BARS nennt (Berufsvereinigung von ArbeitgeberInnen von Rettungs- und zugehörigen Sanitätsberufen). Inwieweit dies Auswirkungen auf die Satzung des Abschlusses 2011 hat, ist noch offen. Mehr zu den Aktivitäten von BARS erfahren Sie im obenstehenden Kommentar von Willibald Steinkellner.

Kommentar

„Sonne ja bitte,
aber ohne die
Schattenseiten“



Foto: OGB-Verlag/Paul Sturm

Die Temperaturen und die Sonnenstunden steigen, das hebt auch unsere Laune. Aber Achtung beim Arbeiten im Freien: Trotz des schönen Wetters im Frühjahr und im Sommer darf nicht auf Haut- und Augenschutz vor den Gefahren der UV-Belastung durch die Sonne vergessen werden. Sonnenbrand, Hautkrebs und Augenschädigungen sind nur Beispiele für mögliche Schäden durch übermäßige UV-Belastung.

Krebsvorsorge. Sich im Frühjahr und Sommer bei der Arbeit zu schützen, bedeutet mehr als nur ein bisschen Sonnenbrand zu vermeiden. Es bedeutet vor allem Krebsvorsorge für das Alter zu betreiben. Das Um und Auf bei der Sonnenstrahlung und dem darin enthaltenen Anteil an UV-Strahlung ist das richtige Maß. Ein bisschen UV-Strahlung fördert die Vitamin D3-Bildung, zuviel UV schädigt aber Haut und Augen. Ein 8-Stunden-Arbeitstag ohne Schutz an der Sonne ist jedenfalls zuviel – auch bereits in den Monaten April und Mai, die aus UV-Sicht mit dem August gleichzusetzen sind.

Klimawandel. Unser Klima verändert sich leider nicht zum Vorteil für die Menschen. Die Katastrophen in den letzten Jahren zeigen uns das verstärkt. Die Sonne wird immer intensiver und aggressiver. Der ArbeitnehmerInnenschutz in diesem Bereich wird also immer mehr an Bedeutung gewinnen. Praxistaugliche und preiswerte Schutzmaßnahmen gäbe es genug, das Problem muss nur ernst genommen werden.

Kampagne. Da Sonnenschutz von den ArbeitgeberInnen nicht immer als Aufgabe im Rahmen des ArbeitnehmerInnenschutzes gesehen wurde, versucht die AUVA im Rahmen einer Kampagne, die Problematik von Erkrankungen durch zuviel UV-Belastung erneut ins Bewusstsein von Unternehmen und ArbeitnehmerInnen zu rücken.

Im Freien. Auch die Gewerkschaft Bau-Holz ist für ihre Mitglieder in diesem Bereich aktiv. Doch das Thema betrifft nicht nur BauarbeiterInnen, auch viele ArbeitnehmerInnen aus vida-Branchen sind betroffen: KellnerInnen, die ihre Gäste in Schanigärten bedienen, HausbesorgerInnen und -betreuerInnen, die Grünflächen pflegen, FriedhofsgärtnerInnen aber auch die Beschäftigten aus den Verkehrsbranchen. Daher sagen wir: Sonne ja bitte, aber ohne die Schattenseiten!

renate.lehner@vida.at

Bundessektionssekretärin
der Sektion Private Dienstleistungen

Sonnenschutz auf einen Blick!

- Nie länger als unbedingt notwendig in der Sonne bleiben und die Mittagssonne meiden, das heißt nach Möglichkeit flexible Arbeitszeit nützen.
- Den Arbeitsbereich – wenn möglich – beschatten (Sonnensegel oder -schirm).
- Sonnenschutzbrille mit UV-Filter tragen.
- Möglichst viel Haut bedecken – wenn möglich mit UV-dichter Kleidung, Kopfbedeckung und Nackenschutz.
- Unbedeckte Körperregionen rechtzeitig mit Sonnenschutzmittel mit ausreichend hohem Lichtschutzfaktor (bei der Auswahl hilft die AUVA-Sonnenuhr) eincremen. Besonders exponierte Stellen wie Nasenrücken, Stirn, Ohren, Nacken und Lippen besonders beachten.
- Bei Schwitzen auf das Nachcremen nicht vergessen.
- Reichlich Wasser trinken.

Mehr Informationen zum Thema UV-Strahlung finden Sie online unter www.auva.at/hautschutz

Lehrlinge

Schattenseiten der Tourismusausbildung

Strahlende Sieger bei Lehrlingswettbewerben. Junge Wilde, die in den nationalen und internationalen Küchen Schlagzeilen machen – das ist nur eine Seite der Lehrlingsausbildung im Gastgewerbe.

Die hohe Drop-out-Rate und der oft frühe Ausstieg aus der Branche zeigen ein völlig anderes Bild. Die Gewerkschaft vida ist täglich konfrontiert mit der anderen Seite – mit Lehrlingen, die ausgebeutet und nicht ausgebildet werden, mit so genannten „Ausbildungsbetrieben“, in denen kein Lehrling jemals das Ziel des erfolgreichen Lehrabschlusses erreicht hat.

Ohne Abschluss. Ein Restaurant in St. Gilgen hat in den letzten sechs Jahren elf Lehrlinge eingestellt, doch kein einziger davon hat die Lehrabschlussprüfung absolviert, alle Lehrverhältnisse wurden vorzeitig abgebrochen. Ein Lehrling in einem Hotel in Maria Alm hat nach nur einem Jahr Lehrzeit das Handtuch geworfen, weil sie „es nicht mehr ausgehalten hat“, wie die Chefin des Hauses sie behandelt hat. Im Vordergrund stand in ihrer Lehrzeit nicht die Ausbildung, sondern Tätigkeiten wie die Tochter der Chefin beim Aufgabenmachen zu beaufsichtigen, die Privatwäsche der Chefin zu bügeln und Gästezimmer sauberzumachen.

Keine Privatsphäre. Dienstplan gab es keinen, Überstunden standen auf der Tagesordnung. Ihre Arbeitszeit erfuhr der



Foto: Häusler

Gewerkschaft vida zeigt auf: Die hohe Drop-out-Rate von Lehrlingen im Hotel- und Gastgewerbe ist alarmierend.

Lehrling von der Chefin jeweils am Vortag. Da die Jugendliche in einem Personalzimmer wohnte, war sie für den Betrieb immer greifbar. Manchmal wurde sie im 2-Stunden-Rhythmus mehrmals täglich zur Arbeit eingeteilt. Für ihr Personalzimmer erhielt sie keinen Schlüssel. „Oft habe ich die Chefin dabei erwischt, wie sie in meinen privaten Sachen Dinge gesucht hat, die sie dann nachher gegen mich verwenden könnte“, klagt das Mädchen.

60-Stunden-Woche. In einem Restaurant in der Stadt Salzburg klagten Lehrlinge über untragbare Zustände. Innerhalb von nur wenigen Monaten erlebten sie drei Restaurantleiter, im Betrieb gibt es generell eine extreme Personalfuktuation. Arbeitsrechtliche Interventionen für ausgeschiedene DienstnehmerInnen stehen auf der Tagesordnung. „60 Stunden pro Woche und nur ein freier Tag sind keine Seltenheit für die Lehrlinge. Da kann es schon vorkommen, dass die Lehrlinge im Zuge eines großen Caterings 20 Stunden durcharbeiten“, berichtet vida-Landesgeschäftsführer Thomas Berger von den Gesprächen mit den Lehrlingen.

„Liegestütz“ als Strafe. In einem anderen Restaurant hat ein Kochlehrling das Lehrverhältnis nach wenigen Monaten wieder beendet, weil er die Schikanen des Sous-Chefs nicht mehr aushielt. Dieser verlangte von ihm eine Stoppuhr, damit er die Arbeitsgeschwindigkeit messen könne. Als Strafe für einige Minuten Verspätung beim Dienstantritt musste der Bursche Liegestütze vor allen Kollegen machen. Am meisten vermisste der Jugendliche im Betrieb einen wertschätzenden Umgang, im Vordergrund stand immer die Produktivität und nicht die Ausbildung.

Nicht nachhaltig. Jährlich beginnen in Salzburg zwischen 500 und 600 Jugendliche eine gastgewerbliche Ausbildung. Die Branche weist ganzjährig einen deutlichen Überhang an offenen Lehrstellen aus. Rund ein Drittel der Lehrverhältnisse im Gastgewerbe wird jedoch vorzeitig aufgelöst. Verfolgt man den Weg von BerufsanfängerInnen, so haben laut WIFO nach fünf Jahren bereits 70 Prozent der Beschäftigten der Branche wieder den Rücken gekehrt. Ein deutlicher Hinweis, dass die Gastgewerbeausbildung nicht nachhaltig ist.

Schärfere Kontrollen. vida-Landesvorsitzender Walter Androschin fordert schärfere Kontrollen für Ausbildungsbetriebe und einen Umdenkprozess der Sparte Tourismus in der Wirtschaftskammer: „Gehen wir gemeinsam gegen die schwarzen Schafe der Branche vor. Betriebe, denen es nur ums Ausbeuten nicht ums Ausbilden geht, sollten schneller ihre Ausbildungsberechtigung verlieren. Derzeit dauern die diesbezüglichen behördlichen Verfahren viel zu lange.“

ines.schmied-binderlehner@vida.at

KV BAROMETER

EVO Kärnten. Nach 11 Jahren und dementsprechend viel Widerstand von Seiten der Landesregierung Kärnten ist es der Gewerkschaft vida gelungen, einen Lohnabschluss für HausbesorgerInnen in Kärnten zu erreichen.

Ausgehend davon, dass ab 1. Jänner 2012 nicht mehr die Landeshauptleute die Entgeltverordnungen erlassen, sondern das BMASK dafür einen Mindestlohntarif verordnet, sahen sich Landeshauptmann Dörfler und der zuständige Landesrat Ragger veranlasst, den rund 35-prozentigen Nachholbedarf zu reduzieren. Daher wird der Grundlohn für HausbesorgerInnen ab Mai 2011, ausgehend von der Basis aus dem Jahr 2000, um 17 Prozent steigen.

Folgende neue Sätze gelten ab 1. Mai 2011:
Wohnnutzfläche 0,1955 pro Quadratmeter
Gehsteigfläche 0,3555 pro Quadratmeter

Budgethärten

Erwartungen an die neue Finanzministerin



Die vida-PensionistInnen werden dafür kämpfen, dass steuerliche Härten für die ältere Generation wieder entschärft werden.

Aus humanitärer Betrachtung ist die Entscheidung zum Rückzug von Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll aus Gesundheitsgründen zweifellos zu respektieren. Hält man Rückschau auf seine Tätigkeit als Finanzminister und ÖVP-Parteiboss, dann muss man feststellen, dass seine „Erfolgsbilanz“ eher eine dürftige ist. Zwar ist aufgrund der Finanzkrise eine objektive Beurteilung seiner Arbeit schwer messbar, weil viele Einflüsse der internationalen Bankenwelt naturgemäß auch ihren Niederschlag auf unser kleines Österreich hatten und haben. Denn es ist sicher kaum möglich, völlig losgelöst vom internationalen Finanzmarktgeschehen einen Alleingang zu bestreiten. Wie sich aber nunmehr herausstellt, ist zwar die Sanierung der Banken in unserem Land durchaus er-

folgreich unterwegs, aber am EU-Horizont zeigen sich düstere Wolken, die alles andere als eine wirtschaftliche Beruhigung des Gesamtklimas erwarten lassen..

Sparprogramme. Für uns könnte das bedeuten, dass in den nächsten Jahren das Bundesbudget noch weitere Sparprogramme beinhalten wird. Die bisherige berechnete gewerkschaftliche Forderung nach einer gerechteren Einkommens- und Steuerpolitik wurde erst ansatzweise Rechnung getragen. Um ein weiteres Auseinanderklaffen der gesellschaftlichen Einkommensstruktur zu vermeiden, ist die rasche Umsetzung einer weiteren Steuerreform dringend notwendig.

Armutgefährdung. Setzt nämlich Prölls Nachfolgerin im Finanzamt die bisherige Finanz- und Steuerpolitik fort, dann droht eine gesellschaftliche Spaltung höchsten Grades mit allen ihren unerwünschten politischen Nebenwirkungen. Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung wird in Zukunft nicht akzeptieren wollen, dass eine kleine Minderheit 90 Prozent der erwirtschafteten Gesamterträge kassiert, wenn gleichzeitig die Armutgefährdung unter der Bevölke-

rung steigt. Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf, die Steuerpolitik gerechter zu gestalten. Nicht auf ein „Steuerparadies“ für Reiche in Europa, sondern, dass es möglichst weniger Arme in unserem Land gibt – darauf wollen wir stolz sein!

Unrecht ausgleichen. Für uns PensionistInnen war die letzte Zeit eine Enttäuschung. Unsere Einkommen sind real gesunken und das letzte Sparpaket beinhaltete sogar Maßnahmen, die in keiner Weise akzeptiert werden können, weil sie zu weiteren Einkommenseinbußen geführt haben. Die Streichung des Alleinverdienersabsetzbetrages für Pensionen ab 1.155 Euro pro Monat (ohne Berücksichtigung der Einkommenslage des Ehepartners) ist genauso unsozial wie auch das Einfrieren der Pensionen zum 1. Jänner 2011. Daher müssen wir PensionistInnen weiter darum kämpfen, dass die neue Finanzministerin, Maria Fekter, das Unrecht ihres Vorgängers wieder ausgleicht. Auch von Bundeskanzler Werner Faymann erwarten wir uns dabei Unterstützung - koalieren heißt zusammenarbeiten und mitverantworten.

walter.darmstaedter@vida.at

Kommentar

Herbstmatch



Foto: Hansjörg Mießling

Eine Inflationsrate von über 3 Prozent trifft uns PensionistInnen doppelt hart. Zum einem liegt der von der Statistik Austria berechnete Pensionistenhaushaltsindex noch über dem allgemeinen Index. Zum anderem beginnt der Kampf um die Pensionsanpassung 2012 schon jetzt. Wie dieses Match ausgeht, wird durchaus auch an uns selbst liegen.

Gerechtigkeit. Dank nicht zuletzt der PensionistInnen und deren Konsum ist Österreich ganz gut durch die Wirtschaftskrise gekommen. Die Banken schreiben wieder satte Gewinne. Aber das reicht jenen, die Schuld an dieser Krise hatten, nicht. Verteilungsgerechtigkeit ist für dieses Klientel geradezu ein Unwort. Mit hanebüchenen Berechnungen, dass in Jahrzehnten die Pensionen nicht mehr sicher seien, werden die Jüngeren permanent verunsichert, mit dem Ziel, die PensionistInnen weiter abzuzocken.

„Der Anspruch auf Pension und das Umlageverfahren sollten eigentlich verfassungsrechtlich geschützt sein.“

Rudolf Srba

Verteilungskampf. Sie treiben uns also in einen Verteilungskampf. Und warum habe ich zuvor geschrieben, es wird an uns selbst liegen, wie dieses Match ausgeht? Viele von uns Älteren haben an den vergangenen Gewerkschaftsdemos in Budapest und Graz teilgenommen, um auf die Probleme einer unsozialen Politik hinzuweisen. Aufzeigen, dass man 2,2 Mio. PensionistInnen nicht einfach ignorieren kann, das müssen wir gemeinsam tun. Wenn im Spätherbst über unsere finanzielle Zukunft verhandelt wird, werden wir Präsenz zeigen müssen - dann brauchen wir die bewährten Tugenden unserer Mitglieder.

Respekt. Es geht längst nicht mehr nur ums Geld, sondern auch um den Respekt gegenüber der Würde des Alters. Dazu gehört auch die Pflegevorsorge. Stellen wir endlich das Umlageverfahren, das die Grundlage von sicheren Pensionen darstellt, außer Streit. Der Anspruch auf Pension und das Umlageverfahren sollten eigentlich verfassungsrechtlich geschützt sein.

rudolf.srba@vida.at

Vorsitzender der vida-PensionistInnen

Sigmundsherberg – Tag der PensionistInnen

Das Motto des heurigen PensionistInnentages lautet, "Die vida-PensionistInnen Niederösterreich helfen Patrick Schneider" (Benefiztombola). Der PensionistInnentag findet am **26. August 2011 ab 11 Uhr** in Sigmundsherberg im Heizhaus statt.

An diesem Wochenende hat das Waldviertler Eisenbahnmuseum in Sigmundsherberg mit dem Ersten Österreichischen Motorradmuseum und dem Kraftfahrzeugmuseum von 26. bis 28. August geöffnet. Ein genaues Programm folgt in der nächsten Ausgabe der vida-Zeitschrift.

Der Eisenbahner-Unterstützungs- und Erholungsverein Linz

lädt zur **ordentlichen Jahreshauptversammlung am 31. Mai 2011 (Beginn 10.45 Uhr)** ein.

Tagesordnung: 1. Begrüßung 2. Berichte und Beschlüsse 3. Neuwahlen 4. Allfälliges

Ort: Hotel Goisererhof, Bahnhofstraße 8, 4822 Bad Goisern

Infos: EUV Linz: Bahnhofstrasse 3, 4020 Linz, Tel. 0732/93000-4035

Termine in den Ortsgruppen

Die aktualisierten Termine und Sprechstunden der vida-Ortsgruppen auf einen Blick.



Fotolia/plus

WIEN

WIEN-FRANZ-JOSEFS-BF.-PENS. (6): jeden 3. Fr 11-13 Uhr, Bf. Wien-FJB, 1. Stock, Sozialraum, Tel. 0664/6145688 • **Versammlung:** 20.5.2011, 14.30

Uhr, Bf. Wien-FJB, Betriebsgebäude, 1. Stock, Sozialraum • **Wochenfahrt:** 28.5.-4.6.2011, Abfahrt 8 Uhr, Althanstraße 12 • **Juni-Sept. keine Sprechstage und Versammlungen.**

HÜTTELDORF-PENS. (8): 6.6.2011, 9-11 Uhr, Sekretariat, 1130 Wien, Goldmarkpl. 1.

WIEN-SÜDOST-PENS. (12): Di 9-11 Uhr, 1100 Wien, Laxenburger Str. 8-10 • **Juni – Sept. keine Versammlungen** • **Zugbegleiter-Treffen:** jeden 1. Di 15 Uhr, GH Lendl, 1100 Wien, Reisingerg. 8 • Verschieber- und Weichenwärtertreffen: am letzten Do jedes ungeraden Monats (ausgen. Juli), 15 Uhr, GH Mayer, Eichenstraße 14, 1120 Wien.

PENZING (13): Di 9-11 Uhr, Bf. Penzing, Tel. 93000/13468 • **Versammlung:** 7.6.2011, 13.30 Uhr, GH „Beim Hugo“, 1140 Wien, Linzer Str. 179 • **Tagesfahrt Illmitz:** 16.6.2011, Abfahrt 8 Uhr.

WIEN-WEST-PENS. (20): Kantineff: 1.6.2011, 13 Uhr, Kantine Traktion, 1150 Wien, Avedikstraße 2 • **Tagesfahrt Hohe Wand:** 15.6.2011.

EISENBAHNER PENSIONIST/INNEN ZENTRALDIENST: Juni-Sept. keine Versammlungen und Veranstaltungen.

LIESING-PENS. (26): Juni-Sept. keine Sprechstage und Versammlungen.

MEIDLING-SIMMERING-PENS. (54): Di 9.30-11 Uhr, 1050 Wien, Margaretenstr. 166, Tel. 0664/6145689 • **Juni-August keine Informationsveranstaltungen** • **Busfahrt Valtice Liechtensteinschloss:** 15.6.2011 • **Wanderung Neuwaldegg/Hameau/Sophienalpe:** 30.6.2011. Anmeldungen und genaue Daten zu den Ausflügen bei den Veranstaltungen.

WIEN-NORD-NORDWEST-PENS. (56): Di 13.30-15 Uhr, 1200 Wien, Marchfeldstr. 12-16, Tel./Fax 334 93 20 • **Tagesfahrt Schloss Hluboka Tschechien:** 8.6.2011.

WIEN-WEST-PENS. (59): Di 9-11 Uhr, 1050 Wien, Margaretengürtel 66, Tel. 0699/10689953 • **Juni-August keine Versammlungen.**

NIEDERÖSTERREICH

MÖDLING (28): jeden 1. Di 8-12 Uhr, **zusätzlich ÖBV-Beratung,** vida-Sekretariat, Bf. Gumpoldskirchen, Bahngasse 1, Tel. 0664/6145681, E-Mail: office.vida@kabsi.at oder nach tel. Vereinbarung unter 0664/3577281 • **Jahreshauptversammlung und Ehrung:** 13.5.2011, 14 Uhr, AK Mödling, Dr.-Hanns-Schürff-Gasse 14, Ref.: Pens.-LV Ferdinand Giffinger.

AMSTETTEN-PENS.: Versammlung und Ehrung: 8.6.2011, 14 Uhr, Saal der AK Amstetten, Ref.: Pens.-LV Ferdinand Giffinger.

RETZ-ZELLERNDORF (135): nach Vereinbarung mit Franz Fischer, Tel. 0664/6175003, oder Kurt Gerstorfer, Tel. 0676/5288006.

ST. PÖLTEN-PENS. (144): Mo u. Mi 8.30-10.30 Uhr, Eisenbahnerheim, Josefstr. 29b, Tel. 02742/93000/1201 • **Hauptversammlung mit Ehrungen u. Neuwahl:** 20.5.2011, 14.30 Uhr • **Bildungsurlaub Vorarlberg:** 19.-24.6.2011.

LEOBERSDORF-BADEN: Jahreshauptversammlung mit Ehrungen: 19.5.2011, 14.30 Uhr, Ortszentrum Schönau/Triesting, Ref.: BRV FDL Region Ost Peter Dyduch, Pens.-BV Rudolf Srba.

OBERÖSTERREICH

ST. VALENTIN/ENNS (145): Mi 8-11 Uhr, Volksheim, Vieharterstr. 15, 4300 St. Valentin, Tel. 07435/58998 oder 0664/6145716.

ATTNANG-PUCHHEIM-PENS. (201): Di (werktags) 8.30-11 Uhr, BASA-Gebäude, Kirchenstraße 1, Tel./Fax 07674/64209.

Aus den Ortsgruppen

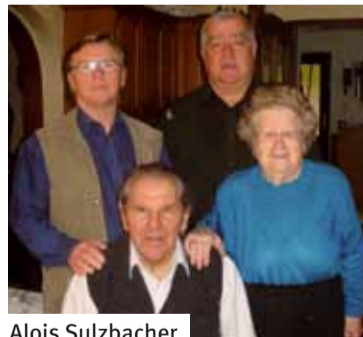
WIEN

Die OG Meidling-Simmering-PensionistInnen lud **Johann Liedl mit seiner Gattin** anlässlich seines **95. Geburtstages** zu den Geburtstags Ehrungen ein. Bei dieser Feier wurde ihm das Geburtstagsdekret und ein Jubiläumsgeschenk in netter Runde überreicht.

Ihren **runden 90er vollendete Marie Inführ** am 24.2.2011. Die OG Marchegg wünschte der Jubilarin alles Gute.



Franz Bulla



Alois Sulzbacher

Die OG St. Pölten-PensionistInnen konnte **zwei Jubilaren zum 90. Geburtstag gratulieren: Franz Bulla** am 8.3.2011 und **Alois Sulzbacher** am 29.3.2011.

In der OG Mödling gratulierten Vorsitzender Werner Offner und PensionistInnenbetreuer Kurt Schöndorfer am 5.4.2011 der rüstigen Jubilarin **Melanie Dürmoser zum 95. Geburtstag.**



Melanie Dürmoser

OG GMÜND-PENSIONIST/INNEN: Versammlung: 18.3.2011, Kulturhaus Gmünd, Ref.: Pens.-BV Rudolf Srba. Ehrungen: 1 Kollege 25 J., 32 Kollegen 40 J., 11 Kollegen 50 J., Franz Hahn, Hermann Höbart, Johann Jegan, Anton Maurer, Wilhelmine Müller, Walter Ring, Vinzenz Schlapsi und Franz Trinko 60 Jahre. Eine **besondere Ehrung erhielt der Ehrenvorsitzende Johann Jegan.** Er ist seit 30



Johann Jegan



Jahrgangstreffen

Jahren im Ortsgruppenausschuss tätig. Die Ehrung wurde von OG-VS Anton Zeller und BV Rudolf Srba durchgeführt.

JAHRGANGSTREFFEN 50 Jahre nach der Lehrabschlussprüfung trafen sich ehemalige Lehrlinge der ÖBB Hauptwerkstätte St. Pölten.

OBERÖSTERREICH

Doppelten Grund zum Feiern gab es in der **OG Wels.** Am 15.3.2011 feierte **Josef Fuchshuber seinen runden 90er** und am 28.3.2011 **Alois Wölflingseder seinen 97. Geburtstag.**



Josef Fuchshuber



Alois Wölflingseder



Ehepaar Liedl

NIEDERÖSTERREICH



Marie Inführ

REGION STEYR: Mitglieder-
sammlung: 2.4.2011, GH Blasl,
Losenstein, Ref.: LV Ing. Rein-
hold Entholzer. Ehrungen: 14
Kollegen. 25 J., 12 Kollegen
40 J., 11 Kollegen 50 J., Franz
Lindner und Josef Stubauer
60 J.

STEIERMARKE

WILLI TECHT EIN 80ER

Der steirische Pensionist-In-
nenvorsitzende unserer Ge-
werkschaft Willi Techt feierte
am 2. Mai seinen 80. Geburts-
tag. Willi absolvierte nach der
Pflichtschule eine Lehre als
Verkäufer ehe er nach der Tä-
tigkeit als Kaffeeröster und
Kraftfahrer 1952 in den Dienst
der ÖBB als Zugbegleiter ein-



Wilhelm Techt

trat. Schon bald darauf wurde
er Vertrauensmann und 1971
Obmann der damaligen Exe-
kutive IV/1 für die Grazer
Zugbegleiter.

Nach seiner Pensionierung
übernahm der Jubilar die
Funktion als Pensionist-
Innenbetreuer in der Orts-
gruppe Graz, zuerst als Beirat,
ab 18.04.1986 als 2. Ob-
mannstellvertreter und ab
06.04.1994 als Obmann. Bei
der 1. vida Landeskonferenz
2007 wurde Willi zum Landes-
vorsitzen-den der Abteilung
PensionistInnen gewählt. Die-
se Funktion füllt er nach wie
vor mit vollem Einsatz und
Elan aus.

Im Namen des Landesvor-
standes vida Steiermark und
„seiner“ PensionistInnen
gratulieren wir sehr herz-
lich zum 80er und wünschen
weiterhin alles Gute und viel
Gesundheit.



Unter dem Motto „Bewegung ist Leben“ wanderten die beiden
vida-Mitglieder Hans und Lorenz in 15 Etappen von Emmers-
dorf (Kärnten) nach Wien. Am Wiener Stephansplatz wurden
sie von vida-BundespensionistInnenvorsitzenden Rudi Srba
begrüßt. Nach einer kräftigen Jause ging es noch am selben Tag
zurück nach Kärnten.

In Memoriam

Wir gedenken unserer verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

IM AKTIVSTAND VERSTORBEN:

Aleksic Slavisa, 1100 Wien, 1957
Cermak Hildegard, 2320 Schwechat, 1960
Eder Horst, 5020 Salzburg, 1965
Feuerstein Norbert, 2380 Perchtoldsdorf, 1959
Kopplhuber Franz, 4060 Leonding, 1952
Raich Arno, 6322 Kirchbichl, 1960
Rupp Josef, 2465 Höflein, 1967
Stranz Werner, 8020 Graz, 1955
Strobl Klaus, 4975 Suben, 1969
Suleman Omar, 1090 Wien, 1973
Terteli Devid, 5600 St. Johann, 1973
Wiesinger Karl, 5202 Neumarkt, 1957

IM RUHESTAND VERSTORBEN:

Aichholzer Rudolf, 9500 Villach, 1923
Aichinger Kurt, 2872 Mönichkirchen, 1930
Albaner Josef, 9800 Spittal, 1920
Ankowitz Otto, 2294 Marchegg, 1925
Appel Friedrich, 1210 Wien, 1926

Bachinger Karl, 3350 Haag, 1929
Bamberger Karl, 3495 Rohrendorf, 1927
Bauer Josef, 2244 Spannberg, 1925
Bayer Johann, 4020 Linz, 1941
Beinstener Johann, 5102 Anthering, 1938
Benzer Josef, 6840 Götzi, 1931
Bichler Johann, 2753 Markt Piesting, 1923
Binderbauer Josef, 8720 Knittelfeld, 1931
Boska Ferdinand, 1190 Wien, 1929
Boxhofer Johann, 4020 Linz, 1919
Bracher Florian, 2481 Achau, 1923
Brandl Egon, 3340 Waidhofen, 1936
Brandstötter Josef, 4312 Ried, 1933
Bröthaler Raimund, 1020 Wien, 1928
Broz Karl, 1040 Wien, 1928
Buchacher Anton, 9560 Feldkirchen, 1938
Buchleitner Gustav, 9300 St. Veit, 1920
Bulla Walter, 2483 Ebreichsdorf, 1939

Christ Rudolf, 5020 Salzburg, 1913

Dawidowicz Anna, 2231 Straßhof, 1938
Dusek Hildegard, 4020 Linz, 1927

Eber Leopold, 2051 Zellerndorf, 1924
Ecker Walter, 8900 Selzthal, 1948
Eckhart Ernst, 3500 Krems, 1930
Edelbauer Rudolf, 4592 Leonstein, 1925
Ing. Eder Friedrich, 1110 Wien, 1924
Eder Josef, 4020 Linz, 1930
Dr. Eder Manfred, 8010 Graz, 1927
Eder Maximilian, 8720 Knittelfeld, 1917
Edlinger Erich, 2425 Nickelsdorf, 1925
Enselder Emmerich, 1210 Wien, 1926

Enz Julius, 1190 Wien, 1929
Ertl Karl, 3920 Großgerungs, 1944

Faitl Ernst, 3741 Pulkau, 1947
Fallmann Karl, 3105 St. Pölten-Radlberg, 1951
Ferstl Johann, 7022 Loipersbach, 1922
Fischl Franz, 3100 St. Pölten, 1929
Fleischhacker Friedrich, 2130 Mistelbach, 1930
Fortner Mathias, 2070 Retz, 1924
Fridrich Otto, 1110 Wien, 1945

Gaderer Egon-Erich, 4600 Wels, 1923
Geir Franz, 6145 Navis, 1930
Gira Engelbert, 3200 Ober-Grafendorf, 1940
Gleissner Franz, 1210 Wien, 1926
Glitzner Helmut, 3105 St. Pölten-Radlberg, 1938
Gölles Anton, 7321 Raiding, 1924
Gregor Karl, 2064 Wulzeshofen, 1936
Grünwald Günter, 3483 Feuersbrunn, 1940

Hackhofer Alois, 3143 Pyhra, 1928
Hager Wilhelm, 1220 Wien, 1922
Haid Paul, 6091 Götzens, 1925
Halbritter Josef, 2540 Bad Vöslau, 1926
Handl Antonia, 1210 Wien, 1933
Haselböck Helmut, 4642 Sattledt, 1949
Hasieber Franz, 7082 Donnerskirchen, 1927
Haslinger Cäcilia, 4800 Attnang-Puchheim, 1920
Haslinger Felix, 4614 Marchtrenk, 1945
Haupt Erich, 3820 Raabs, 1934
Hausberger Anton, 8731 Bischoffeld, 1959
Hausberger Anton, 8731 Bischoffeld, 1927
Heimburger Ewald, 9300 St. Veit, 1923
Heinzl Josef, 1110 Wien, 1922
Herndler Eduard, 9545 Radenthein, 1914
Hestner Hermann, 4840 Vöcklabruck, 1911
Hilber Leopold, 1070 Wien, 1948
Hirschmüller Johann, 3124 Oberwölbling, 1926
Hochegger Jakob, 8720 Knittelfeld, 1927
Höckner Werner, 4651 Stadl-Paura, 1943
Hofer Heinz, 1020 Wien, 1948
Hofer Leopold, 2241 Schönkirchen, 1927
Hofer Leonhart, 1130 Wien, 1915
Hörhan Franz, 4072 Alkoven, 1932
Huber Adolf, 8330 Feldbach, 1920
Hudelst Florian, 9020 Klagenfurt, 1961
Humer Ferdinand, 4710 Grieskirchen, 1927
Hummel Erich, 1050 Wien, 1924
Hussinger Helmut, 8720 Knittelfeld, 1942

Iseni Ibis, 3180 Lilienfeld, 1940

Jäger Hermann, 4222 St. Georgen, 1939
Jägersberger Eduard, 2763 Pernitz, 1956
Jaksch Franz, 4020 Linz, 1928
Janda Hildegard, 1210 Wien, 1927
Janschitz Karl, 2752 Wöllersdorf, 1939

Kahrer Johann, 2544 Leobersdorf, 1935
Kaiserer Bartholomäus, 6233 Kramsach, 1915
Kamellor Kurt, 1100 Wien, 1931
Kammerer Hermann, 1210 Wien, 1940
Kargl Karl, 8410 Wildon, 1931
Kerngast Hermann, 2320 Schwechat, 1938
Kirchebner Karl, 6426 Roppen, 1950
Knoller Willibald, 8552 Eibiswald, 1932
Kofler Rosa, 9500 Villach, 1920
Köhler Friedrich, 3032 Eichgraben, 1932
Kojic Ljiljana, 1050 Wien, 1952
Köstl Rudolf, 6460 Imst, 1935
Krajitz Karl, 1210 Wien, 1934

Krautzer Anton, 4784 Schardenberg, 1919
Kremser Anton, 8503 St. Josef, 1923
Krendl Karl, 4463 Großraming, 1949

Lackner Agnes, 9500 Villach, 1922
Lagler Josef, 3380 Pöchlarn, 1919
Leitner Hubert, 8774 Mautern, 1955
Leitner Josef, 4090 Engelhartzell, 1937
Lenz Kurt, 2603 Felixdorf, 1926
Liess Josef, 8931 Großreifling, 1913
Lindinger Franz, 4644 Scharnstein, 1948
Linher Engelbert, 6700 Bludenz, 1926

Machatti Günther, 1030 Wien, 1942
Mair Herbert, 4840 Vöcklabruck, 1928
Major Paul, 7350 Oberpullendorf, 1928
Margreiter Johann, 6130 Schwaz, 1944
Mauser Gerhard, 8280 Fürstenfeld, 1939
Mayrhofer Josef, 2410 Hainburg, 1917
Meisinger Margaretha, 4040 Linz, 1933
Menedetter Walter, 1100 Wien, 1941
Midl Josef, 9020 Klagenfurt, 1927
Mirth Erich, 8280 Fürstenfeld, 1936
Mittermaier Johann, 1220 Wien, 1921
Mottl Anton, 3002 Purkersdorf, 1931
Müll Alois, 1070 Wien, 1927
Mülleider Konrad, 4020 Linz, 1967
Müller Kurt, 3233 Kilb, 1925
Müller Paul, 1140 Wien, 1941
Mungenast Adolf, 6511 Zams, 1929

Netek Alfred, 3441 Freundorf, 1926
Neuhold Emma, 1120 Wien, 1926
Neumayer Walter, 3003 Gablitz, 1934
Nindl Josef, 5500 Bischofshofen, 1935
Nopp Augustin, 4112 Rottenegg, 1928
Novak Otto, 9300 St. Veit, 1938
Nussbaumer Adolf, 9900 Lienz, 1920

Ondrias Josef, 1140 Wien, 1923
Oppolzer Friedrich, 3430 Tulln, 1935
Ortner Karl, 4174 Niedervaldkirchen, 1925
Osanger Alfred, 3151 St. Georgen, 1938

Pauer Franz, 7032 Sigleß, 1932
Paulier Otto, 8010 Graz, 1927
Peham Gerhard, 1190 Wien, 1947
Perina Kurt, 3150 Wilhelmsburg, 1928
Petschenig Walter, 9900 Lienz, 1936
Peutl Josef, 4060 Leonding, 1920
Pflügl Peter, 3373 Kemmelbach, 1921
Pichelkastner Johann, 9800 Spittal, 1930
Pichler Alexander, 8931 Großreifling, 1937
Pichler Leopold, 4111 Walding, 1926
Polacek Johann, 2821 Lanzenkirchen, 1937
Pöllinger Albert, 8720 Knittelfeld, 1926
Preiner Johann, 1020 Wien, 1915
Promreiter Adolf, 3053 Laaben, 1966

Rath Josef, 9183 Rosenbach, 1932
Rauchberger Karl, 1230 Wien, 1940
Reil Karl, 1200 Wien, 1923
Reiter Franz, 5023 Salzburg-Gnigl, 1931
Ressler Sepp, 8820 Neumarkt, 1942
Rieger Alois, 8302 Nestelbach, 1946
Rossmann Herbert, 8264 Hainersdorf, 1926
Rottenmanner Karl, 8794 Vordernberg, 1922

Saffer Eduard, 1100 Wien, 1929
Saloberger Franz, 4600 Wels, 1936
Schäffer Lotte, 9601 Arnoldstein, 1921

Schagerl Hubert, 3352 St. Peter/Au, 1928
Scherb Franz, 4020 Linz, 1925
Schermer Emmerich, 3390 Melk, 1933
Schleinzler Luzia, 1020 Wien, 1926
Schmiderer Josef, 5733 Bramberg, 1934
Schneider Heinrich, 3424 Zeiselmauer, 1947
Schöftner Petrus, 4040 Linz, 1921
Schönauer August, 8720 Knittelfeld, 1931
Schraik Rudolf, 3430 Tulln, 1935
Schuller Othmar, 8233 Lafnitz, 1931
Schuster Johann, 2214 Auersthal, 1931
Schwab Johann, 8693 Mürzsteg, 1922
Schwab Urban, 5020 Salzburg, 1928
Schwaiger Anton, 8600 Bruck/Mur, 1925
Schwenter Manfred, 5020 Salzburg, 1968
Seifried Hermann, 3730 Eggenburg, 1939
Seiser Herbert, 8692 Neuberg, 1943
Seitz Johann, 1220 Wien, 1941
Senekowitsch Johann, 8471 Spielfeld, 1933
Simma Ferdinand, 9141 Eberndorf, 1934
Simmerstatter Karl, 5300 Hallwang, 1928
Sockerl Olga, 1140 Wien, 1931
Spanagl Johann, 3902 Vitis, 1932
Spiess Johann, 9311 Kraig, 1947
Steger Hermann, 5733 Bramberg, 1927
Steinhäusler Friedrich, 4563 Micheldorf, 1925
Steinkellner Wilhelm, 4030 Linz, 1919
Steitzinger Theodor, 4890 Frankenmarkt, 1937
Stocker Rudolf, 8700 Leoben, 1947
Stranimaier Johann, 5620 Schwarzach, 1928
Streichsbier Heinz, 1120 Wien, 1944
Strohmeier Johann, 8551 Wies, 1944
Strycek Johann, 2231 Straßhof, 1938
Szommer Maria, 1150 Wien, 1924

Teply Rupert, 1220 Wien, 1939
Thomay Franz, 2241 Schönkirchen, 1928
Todsauer Franz, 8051 Graz-Gösting, 1928
Tschohl Franz, 6900 Bregenz, 1929
Tuppinger Stefan, 9800 Spittal, 1919

Valenticz Dietmar, 6410 Telfs, 1940

Walder Peter, 9721 Lansach, 1950
Ing. Wallner Franz, 1020 Wien, 1925
Walter Johann, 8430 Leibnitz, 1936
Waschitzka Karl, 1220 Wien, 1937
Weichbold Josef, 8903 Lassing, 1920
Weidl Kurt, 2534 Alland, 1927
Weigl Karl, 4802 Ebensee, 1926
Weilharter Augustin, 4786 Brunnenthal, 1943
Weiss Herbert, 5700 Zell/See, 1931
Weissitsch Regina, 9065 Ebenthal, 1954
Wesely Hans, 1110 Wien, 1942
Wild Anton, 6020 Innsbruck, 1937
Wirtenberger Harald, 6020 Innsbruck, 1971
Wolf Heinrich, 2601 Sollenau, 1946
Wöss Alfred, 4020 Linz, 1937
Woy Alois, 8041 Graz-Liebenau, 1920
Wroblewski Rudolf, 1140 Wien, 1934
Wurzenrainer Emma, 6322 Kirchbichl, 1928
Wurzwallner Heinrich, 8020 Graz, 1954

Ysenburg Otmar, 8051 Graz-Gösting, 1933

Zacherl Hermann, 4720 Neumarkt, 1940
Zaverel Emmerich, 5431 Kuchl, 1941
Zechmeister Ernst, 1150 Wien, 1919
Zellnig Franz, 8742 Obdach, 1924
Zidek Erika, 1130 Wien, 1939
Ziegler Wilhelm, 2460 Bruck/Leitha, 1926
Zöchbauer Johann, 3382 Loosdorf, 1941
Zollner Otto, 9612 St. Georgen, 1936



Menschen
bei vida



Heidemarie Frühauf hat Taktgefühl

Seit 2009 ist Heidemarie Frühauf Vorsitzende des ArbeiterInnen-Betriebrates beim Wiener Hilfswerk.

Der Weg zu vida. Heidemarie hat nach einigen Jahren als Verkäuferin 1993 beim Wiener Hilfswerk als Reinigungskraft begonnen. „Ich habe mich sehr schnell für die Heimhilfe interessiert und 1999 den dafür nötigen Kurs absolviert“, erklärt Heidemarie Frühauf. Bereits seit 2000 ist sie im Team des ArbeiterInnenbetriebrates tätig. Zuerst als Verantwortliche für den Betriebsratsfonds und nach Absolvierung der BetriebsrätInnen-Akademie (BRAK) übernahm sie 2009 den Vorsitz des ArbeiterInnen-Betriebrates beim Wiener Hilfswerk.

Der berufliche Alltag. Heidemaries KollegInnen kommen oft zu

ihr, wenn es um die Dienstplaneinteilung geht. „Der geteilte Dienst an einem Tag macht vielen zu schaffen und bringt sie an den Rand der Belastbarkeit“, schildert die 46-Jährige und ergänzt: „Wir achten darauf, dass die MitarbeiterInnen nicht mehr als die vereinbarten zehn geteilten Dienste im Monat machen. Das ist wichtig, denn gerade in unserer Berufsbranche ist die Gefahr eines Burn-Outs sehr hoch“.

Was mir wichtig ist, zu sagen. „Für diesen Job braucht man nicht nur eine Elefantenhaut, sondern auch eine starke Belegschaft im Rücken und Taktgefühl gegenüber dem

Arbeitgeber. Deshalb hat die Zufriedenheit meiner KollegInnen oberste Priorität“, erklärt die gebürtige Wienerin und ergänzt: „Ich bedanke mich bei den KollegInnen, die mir ihr Vertrauen schenken und in meinem Handeln bestärken“.

Wie ich entspanne. Die Mutter zweier Söhne holt sich die nötige Kraft für den Beruf im Kreise ihrer Familie. „Richtig Dampf ablassen kann ich beim Boogietanzen mit meinen Freunden“, erklärt die frischgebackene Großmutter und ergänzt schmunzelnd: „Taktgefühl habe ich nicht nur im Job, sondern auch beim Tanzen“.

Starkes Zeichen gegen unsoziales Budget

15.000 Menschen demonstrierten am 26. April in Graz gegen die steirische Sparpolitik. Horst Schachner, ÖGB- und vida-Landesvorsitzender, forderte neue Einnahmen fürs Landesbudget, um dem Sparpaket die Härten zu nehmen, und versprach, dass der Widerstand auch in Zukunft weitergehen werde. Denn die Gewerkschaft sagt klar NEIN zu einem Sparbudget, das sich bei den kleinen Leuten bedient und die Großen nur mit Samthandschuhen anfasst. Bei der Abschlusskundgebung gab es eine direkte Botschaft an die Landespolitik: „Nur von Luft kann man nicht leben!“ Unter diesem Motto stiegen tausende Ballons in den Grazer Himmel auf.



ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

Kostenlos in die Pension?

Der „Golden Age“- Fahrplan der ÖBV

- > Mit der ÖBV können Sie Ihre gesamten Kosten in der Pension los werden!
- > Ihre Pension bleibt Ihnen für die wichtigen und schönen Dinge des Lebens!
- > Fragen Sie uns! Ein kurzes Gespräch mit uns rechnet sich – ein Leben lang!

